Winter 08/09

Sperre

Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur

arm MACHT reich

Die Millarden-Sintflut
Der Weltfinanzmarkt auf Hartz IV

Allet für Nüscht
Die Kultautoren Bernd Wagner und Uli Hannemann mit Anmerkungen aus der Talsohle des Lebens

Wie nützlich bist du?
Feindbild Arbeitslose

sperre_Winter 2008/09

5 Die Milliarden-Sintflut

Billionen für kaputte Finanzmärkte. Für die Sicherung der Lebensgrundlagen von Millionen Menschen weltweit bleiben dagegen nur Peanuts. Diagnose der Washington Post: Der Wurm steckt im Kern des Kapitalismus.

10 Allet für nüscht

Armut gehöre im Christentum zu den Tugenden, im Gegensatz zu Reichtum und Völlerei. Und: Mit wenig Geld zu überleben sei eine Kunst, im Sinne von Können, betont der Buch-Autor Bernd Wagner im Interview mit der Sperre

16 Wie nützlich bist Du?

Nicht allein politische Ideologien erzeugen abwertende und demokratiefeindliche Mentalitäten. Da soziale Beziehungen heute zunehmend nur noch unter dem Aspekt der persönlichen Nützlichkeit gesehen werden, wächst die Ausgrenzung - insbesondere gegen Arbeitslose

TITEL

ARNOLD VOSKAMP
5 Die Milliarden-Sintflut
Der Weltfinanzmarkt auf Hartz IV

CHRISTOPH THELIGMANN
8 Das Monster Privatisierung
Die Welt wird entstaatlicht

TYLL ZWINKMANN
10 Allet für nüscht
Die Kult-Autoren Bernd Wagner und Uli Hannemann über Geist, Stil, Arbeit & Armut

CHRISTOPH THELIGMANN
14 Sein Leben nach dem Arbeitsamt
Die schöne-neue Welt des Florian Gerster

15 Impressum

ARBEIT & SOZIALES

NORBERT ATTERMEYER
16 Wie nützlich bist Du?
Feindbild Arbeitslose

ARNOLD VOSKAMP
18 Quo vadis, Arbeitsamt?
Das Arbeitsamt verwischt seine Spuren

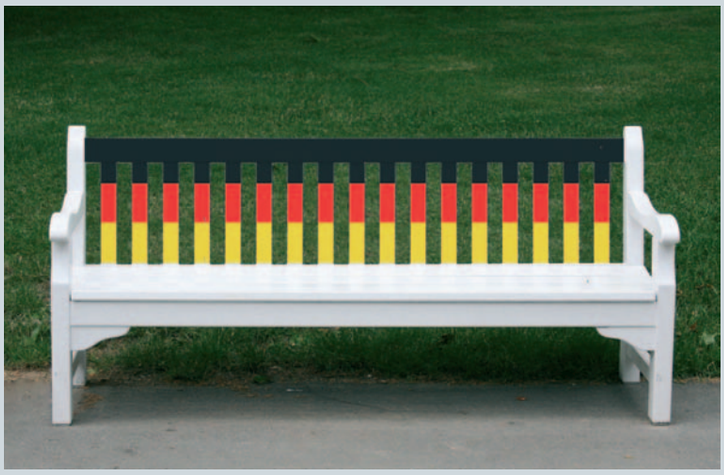
HELMUT SCHEIMANN
20 Keine Beratung……..
Über das Schweigen im Arbeitsamt

KULT-TOUR

WILFRIED VON SALZLEBEN/ TYLL ZWINKMANN
22 Die Bücher-Lese in der Sperre
Marcus Breitscheidel / Reinhard Marx / Roger Willemsen

TYLL ZWINKMANN
24 Die Arge literarisch
Eine Anmerkung

20 Keine Beratung
Über das Schweigen im Arbeitsamt



29 reich MACHTarm
Das Grundgesetz wird den Realitäten angepasst.
Unser Autor findet, die Verfassung Deutschlands sollte in Teilen neu geschrieben werden, um sie (insbesondere nach der Finanzkrise 2008) den realen Erfordernissen anzupassen. Wir lassen das Grundgesetz auf der Bank der ökonomischen Realität Platz nehmen.

ANONYMUS
24 Arbeiten - 2.0
Virtuelle Arbeitsplatz-Simulatoren statt realer Arbeit

ZUM LEBEN ZU WENIG

THORSTEN SCHMITZ
25 Die Wiederentdeckung der Armen Seligkeit
Das 132 €-Märchen der TU-Chemnitz

GLOSSE

TYLL ZWINKMANN
28 reichMACHTarm mit 132 €
Vorschläge zur Grundgesetzänderung

ALLES WAS RECHT IST

TYLL ZWINKMANN
29 Rechtsstaat & Demokratie raussparen
Interview mit Richter Wilfried Hamm über die Kürzung der Prozesskostenhilfe

ANONYMUS
31 Urteile & Tipps
Hartz IV verstößt gegen das Grundgesetz

GESUNDHEIT

ANONYMUS
34 Die unheimliche Krücke
Unser aller Gesundheitssystem

BILDUNG

NORBERT ATTERMEYER & ARNOLD VOSKAMP
36 Selbstständige sind glücklicher
Ein Sperre-Interview mit den AGNes-Gründungsberatern

SERVICE

ARNOLD VOSKAMP
38 Nix wie weg
Auch Langzeitarbeitslose dürfen wegfahren

arm
MACHT
reich

Tyll Zwinkmann

Editorial

armMACHTreich, dachte sich Otto Lambsdorff, FDP-Graf, und entwarf seine Thesen. Sein Tenor: Nicht der Mensch steht im Mittelpunkt, sondern der Mensch ist Mittel. Sein vorgebliches Ziel: Das Wachstum stärken und die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Ottos SPD-Kanzler Helmut Schmidt las das, sah die Wende, ahnte sein politisches Ende und blickte voraus: „Das ist die Abwendung vom demokratischen (Sozial-) Staat und die Hinwendung zur Ellenbogengesellschaft" (S. 16 - Feindbild Arbeitslose). Wir schrieben den 9. September 1982 - der Marktradikalismus in Deutschland war wiedergeboren.

Lambsdorffs Co-Autor hieß Hans Tietmeyer, ein ehemaliger Theologie-Student am Borromaeum zu Münster. 1982 noch Abteilungsleiter, später zum Bundesbankpräsidenten erhöht und in der Finanzkrise 2008, als restlos-ratloser Kontrolleur der Milliarden-Pleite-Bank ‚Hypo-Real-Estate', wieder zu den Irdischen hinabgestiegen. Schauen wir uns nach rund 30 Jahren an, was der Tietmeyer-Lambsdorff-Plan, der von den späteren Regierungen Kohl (CDU/CSU/FDP) und Schröder (SPD/Die Grünen) detailgetreu exekutiert wurde, den Menschen in Deutschland gebracht hat.

Prof. Heinz-Josef Bontrup, Ökonom an der FH Gelsenkirchen, spricht von einer Jahrzehnte währenden, einer vielfachen Enteignung der Gesellschaft durch das Kapital. Die Politik wirkt bei dieser Umverteilung tatkräftig mit, gießt stetig Öl ins Feuer. Eine geradezu obszöne Geldvermehrung für Wenige beginnt, enorm verstärkt durch den Rückgang der Masseneinkünfte. Die Früchte realer Arbeit werden in exorbitant steigenden Dividenden, nicht in Löhnen ausgeschüttet und die Finanzsphäre zusätzlich von Sozialabgaben sowie Gewinn- und Vermögenssteuern entlastet, was das Staatsdefizit anheizt. Hinzu treten permanente Preissteigerungen, die die Gewinnmargen weiter in die Höhe treiben. In der Privatisierungswelle schöpft die Kapitalfraktion Milliardengewinne ab. Staat und Gesellschaft verlieren ihr Tafelsilber und die öffentliche Verschuldung wächst, u.a., weil alle Entstaatlichungen (S. 8 – Monster Privatisierung) immer mit enormem Arbeitsplatzabbau einhergehen, was Steuerausfälle und zusätzlichen Sozialtransfer bedeutet. Aufkäufe und die massive Verdrängung kleiner und mittlerer Unternehmen richten in der Folge irreversiblen gesellschaftlichen Schaden an. Das so angehäufte Kapital nährt aber keineswegs arbeitsplatzschaffende Realinvestitionen, wie die Lambsdörffler vorgaukelten, sondern globale Spekulationen und Geldwanderungen. Perverser Höhepunkt: Der Weltfinanzmarkt ist 2008 trotz allem auf Hartz IV (S. 5 – Milliarden-Sintflut). Und damit nicht alles in Scherben fällt, müssen die neoliberalen Räuber von den Beraubten mit geliehenem Geld gerettet werden, wofür wir alle eben diesem soeben zerschellten Finanzsektor jahrzehntelang Kreditzinsen bezahlen werden.

Im neuen Sperre-Heft ‚armMACHTreich' besichtigen wir einige Folgen solcher Wirtschafts-Wunder-Politik, die einen Krieg darstellt. Jeder gegen jeden. Einer global-medialen Hirnwäsche gleich, wurden aus Mitmenschen erst Konkurrenten, dann Gegner, zuletzt Feinde.

Der Marktradikalismus gewährt alle Optionen, nur nicht die, sich in Frage stellen zu lassen.

Nehmen wir uns die Freiheit – stellen wir in Frage, verfolgen wir andere Ziele. Die nächste Sperre erscheint im März 2009. Bleiben Sie uns gewogen.

Die Redaktion der Sperre wünscht allen Leserinnen und Lesern **ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes Jahr 2009!**

Ihr TYLL ZWINKMANN

DIE MILLIARDEN-SINTFLUT

Der Weltfinanzmarkt auf Hartz IV

2.000 Milliarden für die Bankenrettung – unvorstellbar.
3 Milliarden für Krankenhäuser.
46 Milliarden Euro für Hartz IV und Sozialhilfe.
Unglaubliche Summen werden durch die Welt geschaufelt.

Von Arnold Voskamp

Am gleichen Tag, als die staatliche KfW-Bank 500 Millionen für nichts an die bankrotte US-Bank Lehman Brothers überwiesen hat, hatte sie noch weitere 20 Milliarden an Termingeldern auf ihre Überweisungsträger für Lehman Brothers geschrieben. Da hat der Steuerzahler (also wir alle) noch mal Glück gehabt, dass die nicht auch noch abgeschickt wurden. Was arbeiten diese Herren Banker mit ihren Super-Vergütungen ernsthaft? Was verkaufen sie, wenn schon eine einzige, nicht so große Bank, für Geldtermingeschäfte mit einer einzigen anderen Bank, an einem einzigen Tag, 20 Milliarden in ihre Überweisungsformulare schreibt? Diese Banker wetten im großen Stil und mit anderer Leute Geld darauf, dass ein Wertpapier absackt. Je mehr das absackt, desto größer ist der Gewinn. Ist das Roulette oder Black Jack? Als Kinder hatten wir Spielgeld für so was. Jetzt ist die Geldmarktkrise da, die Konjunktur bricht überall zusammen, selbst in China, die Aktienkurse fallen – und die Spekulationen gehen in großem Stil weiter.

„Das Watergate der amerikanischen Wirtschaft"
(Die New York Times über die Folgen der Finanzkrise für die USA)

Die US-Immobilienfinanzierungskrise hat allein bei den deutschen Staatsbanken schon mindestens 25 Milliarden € gekostet. Zusätzlich gibt es Rückstellungen in zweistelliger Milliarden-Größe. Der Staat springt ein, denn es besteht tatsächlich die Gefahr, dass mit einem Zusammenbruch der Geldwirtschaft auch die Güterwirtschaft zusammenbricht. So wie in den USA Autokonzerne und Bauwirtschaft nichts mehr absetzen können und Personal entlassen müssen, weil die Banken keine Kredite mehr geben. So wie 1929/30 in der Weltwirtschaftskrise. ▸

„Vielleicht schauen wir noch in die Hölle“.

(Erwin Schneider. Bayerisches Sparkassenfunktionär zur aktuellen Finanzkrise 2008)

▸ Staatliche Banken stehen zwar immer gern in der Kritik, aber wie es sich gehört: Privatbanken haben hierzulande die größten Abschreibungen aus dem US-Immobiliengeschäft, so die Hypo Real Estate und Commerzbank/Dresdner. Andere private Banken und Versicherungen müssen ebenfalls bluten. Bei den Privaten aber funktioniert die Kontrolle anscheinend noch schlechter, als bei den staatlichen Banken: denn es redet keiner öffentlich drüber.

Zu den genannten ‚Großen' kommen die ‚kleineren' öffentlichen Geldinstitute und andere Institutionen. Selbst die Stadt Münster hat Lehman-Brothers-Papiere im Safe (die aber offensichtlich nicht ganz verloren sind). Die NRW-Bank, die sich gerade einen neuen Prachtbau an den Anfang der Warendorfer Straße setzt, hat nach heutigem Stand 60 Millionen bei Lehman versenkt, die Sparkasse Münsterland Ost ist mit einem Millionen-Betrag an der Pleite beteiligt. Die Krise hat sichtbare Auswirkungen auf Münster. Der Neubau des Bahnhofs ist gestoppt, weil der Hauptfinanzier, die Landesbank Baden-Württemberg, nicht mehr finanzieren will.

Vergleichen wir diese Summen mal mit anderen Zahlen. Während die Landesregierung NRW der WestLB mit 5 Milliarden € beisprang, gilt ihr ein Promille dieser Summe (4,6 Millionen €) als zu kostspielig, wenn es um die Weiterfinanzierung der Arbeitslosenzentren und Arbeitslosenberatungsstellen geht. Davon betroffen sind auch wir, die Sperre, unser Arbeitslosentreff Malta sowie die cuba-Arbeitslosenberatung und das Arbeitslosenzentrum in Kinderhaus. Mit Hängen und Würgen - und mit Einschnitten bei den Angeboten - müssen wir über die Runden kommen. Anderswo werden diese Anlaufstellen komplett dichtgemacht. Bei den Krankenhäusern gibt es eine Finanzierungslücke und einen Investitionsstau. Der Nutzen von Pflegekräften ist aber wirklicher, als der von Termingeschäften oder sogenannten Geldderivaten. Doch bereits eine Fördersumme

Skizze zu einem Bühnenbild von George Grosz (1926)

von 3 Milliarden € für die Kliniken löst einen Aufschrei unter den sogenannten Finanzexperten aus. In den USA wurden aktuell bis jetzt schon 2.000 Milliarden Dollar für die notleidenden Banken bereitgestellt. Für zig Millionen US-Bürger gibt es dagegen nicht mal eine allgemeine Krankenversicherung.

45 Milliarden € sozialhilfeähnliche Zahlungen (Hartz IV + Sozialhilfe + Asylbewerberleistungen + Grundsicherung für Kleinrentner) zahlt der Staat im Jahr an Bedürftige - das ist etwa soviel wie das bis jetzt verlorene deutsche Steuergeld in der aktuellen Immobilienfinanzkrise. Pro Kopf und Jahr kostet jeder von ihnen 5400 €. In weniger als einer Stunde hat der Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann das ‚verdient', was ein Hartz IV-Bezieher im ganzen Jahr kostet. Oder anders gerechnet: im Jahr verdient Ackermann 100 von den US-Einfamilienhäusern, aus denen ihre Erbauer jetzt ausziehen müssen, weil die Banken ihnen die Hypothekenkredite abdrehen. Das ist wie Monopoly, nur nicht am Spieltisch, sondern in echt - eine echte ganze Straße mit 100 Häusern. Solch eine Straße verdient Ackermann jährlich, weil er andere in die Schuldenzange nimmt. Ackermann hat vor fünf Jahren für seine Deutsche Bank das Renditeziel von 25 % ausgegeben. Wenn einer 25 % bei Geldgeschäften verdienen will, dann muss es auch welche geben, die für diese 25 % gerade stehen.

Foto: Pixelio

Gehen Sie nicht über Los.
Ziehen Sie nicht 4 Milliarden Euro ein.
Gehen Sie direkt in das Gefängnis und
nehmen Sie die Ackermanns mit.

Die aus dem Immobiliengeschäft abgezogenen Gelder vagabundieren als freies Kapital durch die Weltwirtschaft. Sie jagen, u. a. die Lebensmittelpreise ins Unermessliche, das war noch in diesem Frühjahr so und wir haben es fast schon vergessen. Da schwanken die Rohölpreise innerhalb von einer Woche fast um ein Viertel, weil die Spekulanten riskante Spiele treiben.

Aus der Politik hört man derzeit viele Rufe, der Kapitalismus sei zu gierig geworden, und er setze mit seiner Gier die ganze Weltwirtschaft aufs Spiel. Ob diesen kritischen Worten Taten folgen? Wir haben gesehen, dass der Staat Milliarden in die Rettung des Finanzkapitals investiert. Wir sind gespannt, ob die Politik dem Kapitalmarkt Fesseln anzulegen vermag. Modelle gibt es: z.B. die von attac geforderte Tobin-Steuer, die Spekulationsgewinne abschöpft. Viele von den ‚Geldmarktderivaten', den ‚Junk Bonds', wurden hier erst vor fünf Jahren von Gerhard Schröder und seinen rot-grünen ‚Finanzexperten' zugelassen. Das ist die andere Seite der Agenda 2010. Herr Müntefering, Sie sind dran. Sprachen Sie nicht einst von Heuschrecken? Jetzt heißt es Kante zeigen! ■

DAS MONSTER PRIVATISIERUNG

Die Welt wird entstaatlicht

Die traditionelle Ökonomie kann schon lange weder ausreichend Arbeitsplätze schaffen noch einen steten Strom an Einnahmen erzeugen. Das Kapital fand deshalb Gewinnquellen der besonderen Art. Seit zwei Jahrzehnten verschafft das Verscherbeln von öffentlichem Vermögen cleveren Investoren Milliarden-Gewinne. Unveröffentlichte Knebelverträge, obskure Geheimhaltungen, absurde Selbstverpflichtungen - im Streitfall auf die Anrufung von Gerichten zu verzichten - 30jährige Gewinngarantien, meist unter Ausschaltung der Parlamente: So ist Privatisierung heute staatliche Selbstentmachtung, begleitet von korruptionsspezifischen Indikatoren.

Von Christoph Theligmann & Tyll Zwinkmann

Ein bekannter Praktiker auf dem undurchsichtigen Terrain der Entstaatlichung ist Dr. Jens Baganz, seit 2005 Staatssekretär im NRW-Wirtschaftsministerium von Christa Thoben. Noch als OB der Ruhrstadt Mülheim betrieb er bis 2002 hingebungsvoll die Privatisierung städtischen Eigentums. Erst nach einem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes trat Baganz als OB zurück. Die eigentlichen Gründe dafür blieben bis heute unerforscht. Inzwischen zeigt die Privatisierung ihr eigentliches Gesicht: sie kostete – und kostet weiter – hundertausende Arbeitsplätze, statt die Verschuldung langfristig zu mindern, lässt sie diese unkontrolliert anwachsen. Privatisierte öffentliche Haushalte und privatisierte Bürger zahlen in ihren mannigfachen Rollen als Steuerzahler, als Gebührenzahler, als Konsumenten und als Arbeitnehmer die stabilen Gewinnmitnahmen privater Raubritter. Was nach Partnerschaft auf Augenhöhe klang und als Allheilmittel gegen die wachsenden Staatsschulden gepriesen wurde, erweist sich als eine besonders fatale Variante des Ausverkaufs staatlichen Eigentums, als fortschreitende Enteignung der Bevölkerung zugunsten von Konzernen und Konsortien.

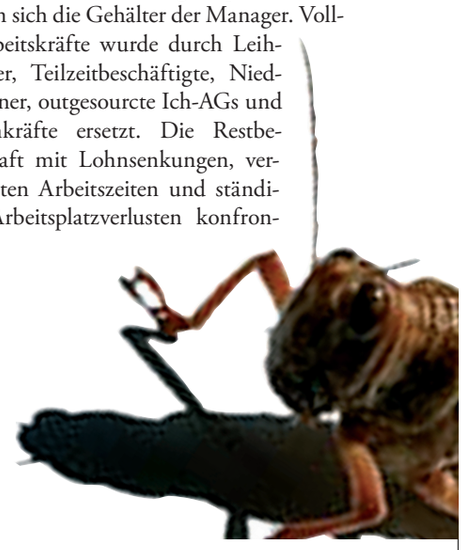
Dr. Werner Rügemer (67), Publizist, Philosoph, Korruptionsforscher, Lehrbeauftragter der Uni-Köln und Vize-Chef von ‚Business Crime Control', analysiert in seinen Büchern Wahn und Irrwege der Privatisierung.

Der in Köln lebende Rügemer, ist mit ‚seinem' Thema seit langem vertraut. Ob ‚Cross border leasing' (über die globale Enteignung der Städte), ‚Public Private Partnership'(die Anatomie eines globalen Finanzinstruments) oder ‚Colonia Corrupta' (Privatisierung, Globalisierung und Korruption im Schatten des Kölner Klüngels), immer macht er unmissverständlich klar: Ziel aller Großinvestoren ist es, ‚Gewinne zu privatisieren, Verluste und Risiken zu verstaatlichen'. Mit ‚Privatisierung in Deutschland', dieser Abart des Sozialismus für Reiche, zieht Rügemer nun eine schonungslose Bilanz der ‚Entstaatlichung'.

Schon in der Adenauer-Ära gerieten die damaligen Regierungsparteien, CDU/CSU und FDP, unter den Einfluss des Wirtschaft- und Banken-Kapitals. Schon damals wurden die Weichen gestellt für die seit den achtziger Jahren verstärkt von der Regierung Kohl in Angriff genommene Privatisierungswelle. Erstes Erprobungsfeld war die Salzgitter AG, damals mit über 250.000 Wohnungen der größte, freilich gemeinwirtschaftliche Wohnungsbesitzer im Land. Die rot-grüne Schröder-Regierung setzte den früh eingeschlagenen Kurs vehement fort, beschleunigte die falsche Gangart. 2005 beschloss Rot-Grün das Public-Private-Partnership-Gesetz, kurz PPP-Beschleunigungsgesetz. Die Rendite-Spekulanten durften nun – von jeder Grundsteuer befreit – z. B. Rathäuser und Schulen bauen. Sie brauchten dabei nicht mal nachzuweisen, ob sie über ausreichend Eigenkapital verfügten. Private Unternehmen könnten unbürokratischer, anpassungsfähiger und selbstredend billiger ‚schaffen' als der Staat. Private Unternehmungen förderten zudem Wettbewerb und Qualität, so die bis heute propagierte Lehre.

Eine neue Dynamik bekam die ganze Geschichte mit der deutschen Wiedervereinigung, der Abwicklung der alten DDR-Wirtschaft durch die Treuhand. Der Aufkauf maroder Staatsbetriebe erfolgte durch Renditesucher mit wenig Eigenkapital und wurde hauptsächlich mit Hilfe von staatlichen Subventionen abgewickelt, also mit Steuergeldern. Das Resultat dieser Vorgehensweise ist bis heute sichtbar: Die ostdeutsche Wirtschaft ist für lange Jahre auf staatliche Mittel angewiesen. Das Gebiet der ehemaligen DDR wurde als kostengünstige Produktionsstätte angesehen und dementsprechend genutzt.

Mit Interesse liest man die Analyse Rügemers zur Privatisierung von Post, Telekom und Bahn. Heraufbeschworen wurde eine blühende private Dienstleistungswelt. Die Tatsachen sehen anders aus: Nicht mehr dem Gemeinwohl, sondern dem Leitstern der Gewinnmaximierung verpflichtet, erhöhten sich die Gehälter der Manager. Vollzeitarbeitskräfte wurde durch Leiharbeiter, Teilzeitbeschäftigte, Niedriglöhner, outgesourcte Ich-AGs und Saisonkräfte ersetzt. Die Restbelegschaft mit Lohnsenkungen, verlängerten Arbeitszeiten und ständigen Arbeitsplatzverlusten konfron-



tiert, die Kundschaft dagegen mit sinkender Qualität und steigenden Preisen. Der Staat trägt außerdem die jährlich wachsenden Milliarden-Rentenansprüche der früh- und regulär pensionierten Beamten. Erwartete Ausgaben dafür: 9 Milliarden € Staatsgelder.

Einen besonderen Schwerpunkt bilden Entwicklungen auf kommunaler Ebene. Als Mittel die öffentliche Verschuldung einzudämmen, gilt das propagandistisch eingeschärfte Schlagwort ‚Public-Private-Partnership' - kurz PPP - der ‚partnerschaftlichen Zusammenarbeit' von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft. Diese vertraglichen Kooperationen von Kommunen und Unternehmen entziehen sich jedoch nahezu jeglicher parlamentarischen Kontrolle und unterliegen weitgehend der Geheimhaltung. Werden sie dennoch publik, weht ein Hauch von Korruption. Der Autor macht dies deutlich an den Beispielen Gesundheit, Energieversorgung, Wohnungen und Abfallentsorgung. Nur um die Methode kurz zu skizzieren: Die kommunale Regierung beauftragt etwa Konsortien, den Bau städtischer Einrichtungen bzw. ihre Sanierung zu finanzieren: Krankenhäuser, Pflegeheime, Rathäuser, Straßenbauprojekte, Justizvollzugsanstalten, Bildungseinrichtungen, Schwimmbäder und so weiter. Anschließend mieten die Kommunen über eine längere Laufzeit, oft 20 bis 30 Jahre, diese Gebäude und zahlen eine langfristige Nutzungsgebühr. Der Sinn: aktuelle Kosten zu Lasten der kommunalen Nutzer auf spätere Zeiten zu verschieben. Die Gewinner stehen vorher schon fest: Großaktionäre, Anwälte, Berater, Fonds, Banken, Investoren und Manager.

„Privatisierungen machen die demokratischen Institutionen, die Parlamente sowie den Rechts- und Sozialstaat zur Farce"
(Werner Rügemer)

Sogar die gemeinhin als wirtschaftsnah geltende ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung' hat im Oktober 2008 am Beispiel der Stadt Bochum diese Art von Geschäften deutlich gemacht. Die Stadt Bochum hatte im Jahr 2003 ihre gesamte Kanalisation für 99 Jahre an einen US-Investor ver- und dann sofort wieder zurückgemietet. Die Stadt ist gewissermaßen vom Vermieter zum Untermieter geschrumpft, wurde allerdings vom Investor an dessen Steuerersparnissen vertraglich beteiligt, die dieser nach US-Steuerrecht in seiner Bilanz geltend machen konnte. Wegen der verbleibenden unklaren Eigentumsverhältnisse werden diese sogenannten ‚Cross-Border-Leasing'-Geschäfte durch Versicherungen abgesichert. Im Bochumer Fall war das die AIG, jene weltgrößte Assekuranz, die durch die Finanzkrise fast ins Aus geriet und jetzt nicht mehr genug Sicherheit bietet. Die Stadt Bochum durfte sich einen neuen Versicherer suchen, was sie Millionen kosten wird.

Die Privatisierung sollte ein Mittel gegen die Verschuldung der Haushalte sein. In dem Buch ‚Heuschrecken im öffentlichen Raum', stellt Werner Rügemer etliche Beispiele von haarsträubenden PPP-Projekten vor, die alle nur ein Ergebnis hatten: Die Plünderung der Haushalte durch die Kapital-‚Schöpfung' der Privaten. Die Politik stellte indes auf Durchzug: Eine parlamentarischen Anfrage beantwortete die gegenwärtige Bundesregierung mit dem Hinweis, ihr seien keine gescheiterten PPP-Projekte bekannt - welch eine Realitätsverweigerung. Hier haben wir das Bild der berühmten drei Affen, die nichts hören, nichts sehen und nichts wissen wollen, zumindest solange, bis das Mandat abläuft oder die Wiederwahl gesichert ist. Rügemers Buch müsste Pflichtlektüre u. a. von Kommunalpolitikern werden, damit sie lernen, das PPP, dieses faktenresistente Glaubenbekenntnis, nicht nur ein skrupelloses Täuschungsmanöver ist, sondern auch begreifen: der vielgeschmähte Staat kann die meisten Projekte preiswerter, qualitätsvoller und effektiver verwirklichen.

Im Sammelband ‚Die Privatisierung der Weltpolitik' beschäftigen sich elf internationale Autoren mit der Kommerzialisierung der Politik. Erwähnt sei hier die Gefährdung des staatlichen Gewaltmonopols: In der sogenannten ‚Koalition der Willigen' des zweiten Irak-Krieges stellten ‚private Militär-Dienstleister' das zweitgrößte Kampftruppenkontingent, noch vor dem britischen. Das Privatunternehmen Halliburton - ehemaliger Chef: noch US-Vizepräsident Dick Cheney – wurde federführend mit der Logistik des Krieges beauftragt. Allein diese Vergabe belastet den amerikanischen Staatshaushalt jährlich in Milliardenhöhe.

Interessant ist die Entwicklung auf europäischer Ebene: In allen EU-Ländern die gleichen Privatisierungsmaßnahmen der öffentlichen Infrastrukturen bei Post, Bahn, Energie, Wohnungen usw. Das ebenfalls als Sammelband vorliegende Buch ‚Liberalisierung und Privatisierung in Europa', benennt u. a. die Schwierigkeiten, die sich dabei aufgrund fehlender Angleichung bzw. Abstimmung ergeben. In ihren Beiträgen sehen die Autoren schon Widerstände gegen ebenso hemmungslose wie sinnlose Privatisierungen wachsen. Nach einer Forsa-Umfrage (10/2008) lehnen es 77% der Deutschen ab, dass öffentliche Dienstleistungen von privaten Unternehmen übernommen werden. 25% sprechen sich danach sogar für eine Rückabwicklung erfolgter Entstaatlichung aus. Ein hoher Anteil der Bundesbürger wünscht sich, angesichts der immer dramatischer verlaufenden Finanz- und Wirtschaftskrise, eine ‚Renaissance des Staates'.

Die Bücher:

„Heuschrecken" im öffentlichen Raum Public Private Partnership. Anatomie eines globalen Finanzinstruments. Werner Rügemer. Bielefeld 2008. Transcript-Verlag. 172 S. € 16,80

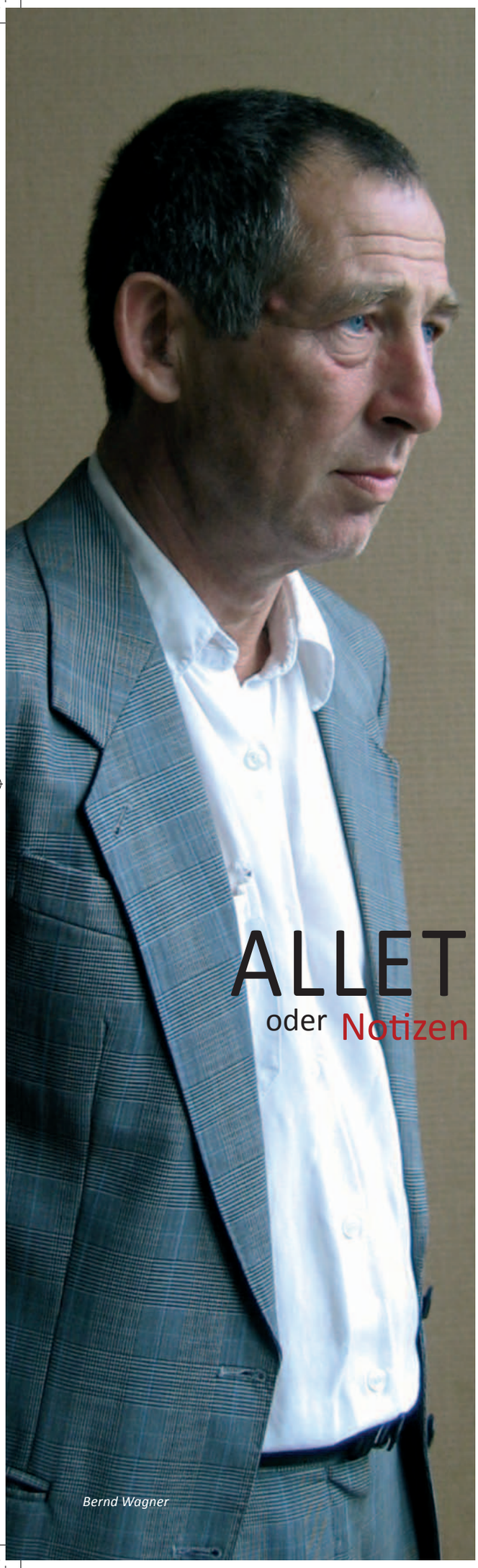
Privatisierung in Deutschland Von der Treuhand zu Public Private Partnership. Eine Bilanz. Werner Rügemer. Münster 2006 (4. erweiterte und aktualisierte Auflage 2008) Verlag Westfälisches Dampfboot. 239 S. € 24.90

Colonia corrupta Globalisierung, Privatisierung und Korruption im Schatten des Kölner Klüngels. Werner Rügemer. Münster 2006 (5. Auflage) Verlag Westfälisches Dampfboot. 157 S. € 15.00

Cross Border Leasing Ein Lehrstück zur globalen Enteignung der Städte. Werner Rügemer. Münster 2005 (2. aktualisierte Auflage) Verlag Westfälisches Dampfboot. 201 S. € 19.90

Liberalisierung und Privatisierung in Europa Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union. Hans Jürgen Bieling u.a. (Hrsg.) Münster 2008. Verlag Westfälisches Dampfboot. 356 S. € 29,90

Die Privatisierung der Weltpolitik Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess. Tanja Brühl, Tobias Debiel u. a. (Hrsg.) Bonn 2001, Dietz Verlag. 320 S. € 12,70



Bernd Wagner

ALLET FÜR NÜSCHT

oder Notizen aus der Talsohle des Lebens

DIE BERLINER KULT-BUCH-AUTOREN BERND WAGNER UND ULI HANNEMANN ÜBER LEBENSKUNST, CHANCEN UND EINE VERWUNDETE GESELLSCHAFT

Von Tyll Zwinkmann

Literaturen, Sachbücher und Ratgeber über Arme und Eliten bevölkern den deutschen Buchmarkt. Julia Friedrich durchleuchtet in ‚Gestatten: Elite' kritisch vermeintliche Kaderschmieden. Daniel F. Pinnow fragt in ‚Eliten ohne Ethik' nach Werten und sozialer Verantwortung und Heike Schmoll erklärt in ‚Lob der Elite' warum wir sie brauchen. In ‚Allet für nüscht' hingegen befasst sich die Sperre mit jenen geistvollen Autoren, die - selbst arm - die Armut kennen, in ihr leben und sie liebevoll-respektlos skizzieren.

Arme und Eliten verbindet in Deutschland indes ein Aspekt: Beide Gruppen werden von der Bevölkerungsmehrheit zumeist mit einer tiefsitzenden Abneigung beäugt, meist wechselnd zwischen Vergötzung und Hass. Den mediokren Nährboden dafür liefert seit Jahrzehnten die Bild-Zeitung.

In einer alltäglichen Seifenoper, einem maßlosen Informations-Meinungs-Brei, zusammengerührt aus geschürtem Neid, plumpem Voyeurismus und einer Mischung aus Häme, Hass und Vorurteil, drischt Bild (Eigenwerbung: ‚Leider erst seit 1952') auf Arme und Eliten ein, ganz wie es gerade passt, giftgallig-bösartig zwischen Florida-Rolf und Post-Zumwinkel.

Während Friedrich, Pinnow, Schmoll & Co. zwar gern über Eliten schreiben, aber eher als Außenstehende, kommen authentische Texte über Arme häufig von Armen.

Libertär, philosophisch und kaum staatstragend, richten Uli Hannemann (‚Neulich in Neukölln') und Bernd Wagner (‚Berlin für Arme') in ihren Büchern und in zwei Sperre-Gesprächen satirisch-anarchische, handfest-praktische, ethisch-flexible, aber letztlich liebenswürdige Punktstrahler auf die Berliner Talsohlen des Lebens - die sie seit langem selber durchschreiten. Beide kennen das brutalstmögliche Haushalten aus Mini-Mitteln. Doch beide trennt viel von den inzwischen rund 10 Millionen arm genannten Menschen in Deutschland, die dem stetig wachsenden Prekariat (Neologismus aus ‚prekär' und ‚Proletariat' [1]) zugerechnet werden, denen es nicht freisteht, aus ihrer - selten Sinn, zumeist nur Sinnentleerung stiftenden - Arbeitslosigkeit philosophischen Humus zu ziehen.

Denn beide Autoren entstammen eher bildungsbürgerlichen Ständen. Ihnen stiftet Geist Reichtum und Besitz. Sie sind keine Habenmöchter. Wagner (Ost) war Dorflehrer, Lyriker, Archivar, Romancier, Publizist, Vermessungshelfer und (von Zeit zu Zeit) Hartz-4-ler. Sein ganzes bisheriges Schriftsteller-Leben, angefangen in der DDR, habe er „mit dem Existenzminimum auf Tuchfühlung gelebt". Eigentlich strebte Wagner nie eine herkömmliche Karriere an: „Ich zog einen Nebenjob vor, um schreiben zu können".

Was er denn anderen empfehlen würde: „Ich habe einen 1€-Job in einem Behinderten-Zentrum gemacht. Habe gekocht, kleine Veranstaltungen organisiert usw.

Die anderen 1€-Jobber fühlten sich ausgebeutet, als Sklaven. Haben nicht gesehen, dass sie so auch ihre Miete bezahlen können. Ich empfand das als Erleichterung".

Wagner, 59, sagt, man müsse sich seiner Armut stellen, sie beherrschen, bevor sie einen beherrscht. Keiner müsse verhungern. Armut gehöre im Christentum zu den Tugenden, im Gegensatz zu Reichtum und Völlerei. Aber: „Die Angst vor der Armut kriecht inzwischen in sämtliche Gesellschaftsteile".

Sperre: Was raten Sie denn Arbeitslosen?

Bernd Wagner: Jeder muss in seiner Wirklichkeit und seinem Rahmen aufspüren, was er wirklich gern tun will, vielleicht tun muss - und das dann mit aller Konsequenz vorantreiben. Unabhängig vom gelernten Beruf. Einer kocht gern, ein anderer liest vor oder arbeitet im Garten. Man muss versuchen, geistig-seelische Anerkennung zu erlangen, die einem kein Geld der Welt verschaffen kann. Das Hartz-IV-Geld hat man. Entdeckt man andere Dinge, betreibt sie mit Leidenschaft, kann man irgendwann auch Geld damit verdienen oder hinzuverdienen.

Warum ist ‚Berlin für Arme', Ihr Allet für nüscht-Stadtführer, ein Erfolg gerade bei jungen Menschen?

Die Jungen wissen: es wird keine einfachen Biografien mehr geben. Jeder kann mal in eine Hartz-IV-Situation kommen. Das ist kein Stigma, keine Verurteilung zu lebenslänglich. Man kann da auch wieder rauskommen, muss gelassen bleiben.

Die erstaunlichste Erfahrung mit Ihrem Buch?

Die schönste Erfahrung ist: wenn man sich öffentlich selbst zu Hartz-IV bekennt, stellt man fest, dass die Menschen sich öffnen, darüber zu reden beginnen.

Armut, Lebenskunst, Freunde und Isolation?

Mit wenig Geld zu überleben ist eine Kunst, im Sinne von Können. Ich glaube, der Mensch ist heute fast eine neue Spezies. Fast kein soziales Wesen mehr. Er vereinzelt zunehmend. Freundeskreis, Kinder, dies sind heute die Ausnahmen. Aber man muss sich darum bemühen, ernsthaft bemühen um Menschen. Die Leute sind allein. Viele haben die einfachsten sozialen Fähigkeiten verlernt. ▶

Bücher von Bernd Wagner

Das Treffen, Aufbau 1976
Zweite Erkenntnis, Aufbau 1978
Das neue Lumpengesindel, Kinderbuchvlg. 1981
Reise im Kopf, Prosa, Aufbau 1984
Ich will nicht nach Österreich, Luchterhand 1987
Der Griff ins Leere Transit-Verlag 1988
Mein zu großes Auge, Gedichte, Luchterhand 1988
Die Wut im Koffer, Rowohlt 1991-93
Paradies, Roman, Ullstein 1997
Schattenmorelle, Erzählungen, Ullstein 1999
Club Oblomow, Roman, Ullstein 1999
Wie ich nach Chihuahua kam, Eine amerikanische Reise, Steidl-Verlag 2003
Hel, Erzählung, Mariannenpresse 2005
Berlin für Arme, Ein Stadtführer für Lebenskünstler, Eichborn, Berlin 2008

Wie schmeckt Ihnen der Erfolg?

Er tut mir gut. Ich werde gefragt, kann Dinge direkt ansprechen in der Öffentlichkeit. Bei einem Buchpreis von 8.95 € werde ich nicht plötzlich reich. Aber meinem eigenen Geistes- und Seelen-Haushalt tut diese Arbeit gut. Ich kann mein nächstes Buch angehen – ob mit oder ohne Hartz-IV, das wird sich erweisen.

Die Zukunft?

Ich bin jetzt 60. Schreibe an einem Roman über meine sächsische Kindheit in Wurzen. Habe keine Angst vor Altersarmut. Irgendein Minimum an Rente werde ich schon bekommen. Vielleicht zahlt sich meine Lebensarbeit doch ein wenig aus. Ich habe vor allen Dingen genug zu tun, um nicht auf dumme Gedanken zu kommen.

Bernd Wagner ist aus der Zeit herausgefallen. Sein 1997 erschienenes Buch ‚Paradies', wurde als der ‚große Roman der Wendezeit' (DIE ZEIT) bezeichnet. Leben konnte er vom Schreiben trotzdem nicht.

Sein ‚Berlin für Arme' ist nicht deshalb überzeugend, weil dort brauchbare Tipps zu finden sind, wie man in Berlin Kultur und Nahrung umsonst bekommt. Sondern es überzeugt, weil diese Szenen aus dem Leben der neuen Boheme Wagners eigenen Anspruch einlösen, Armut mit Würde und Stil zu verbinden.

Uli Hannemann

Uli Hannemann (West), 41, stammt aus Braunschweig, studierte, war Reprograf, ist seit zwölf Jahren Taxifahrer sowie Lesebühnen- und Buch-Autor, veröffentlicht in Printmedien und Anthologien. Er sei aber über die Jahre in Neukölln ‚verprollt' und dem Bildungsbürgertum entrückt. „Ich habe den Kontakt dazu ein wenig verloren und lebe nun in zwei Welten – oder in keiner".

Wenn er in Neukölln seinen ‚Rüssel' aus dem Fenster hält, wehen ihn die Parallelgesellschaften nur so an: geschieden nach Kulturen, Alter und Habitus. „Die Jugendlichen haben eigene Sprachen. Was sie sich zuschreien, versteht man nicht. Als 15ähriger möchte ich hier nicht unbedingt groß werden, auch als alter Mensch hier nicht leben".

Uli Hannemann
Neulich in Neukölln,
Ullstein-Taschenbuch
184 S., 8,00 €

Auch Elite findet sich in Hannemanns Kiez. Arm und reich mischt sich vor seiner Haustür. Gerade Künstler ziehe es hierher, die es irgendwie ‚geschafft haben'. „Die schätzen den Input, den dieses Milieu hergibt".

Auf Berliner Lesebühnen zu stehen sei für ihn ein Gegenentwurf zum Leben als Taxifahrer, wo man eher schlecht behandelt werde. „Im Grunde war ich zu faul oder zu eigenständig, mir einen anständigen Beruf zu suchen oder zu ergreifen".

Sperre: Wie steht es um die Mitmenschlichkeit in Neukölln?

Uli Hannemann: Nicht die Reichen geben einem Taxifahrer die Trinkgelder. Es gibt durchaus nachbarschaftliche Hilfe. Die Bettler werden auch hier gefüttert, vielleicht besser als am Kurfürstendamm. Neukölln ist nicht Chicago. Das hier ist keine unmenschliche Gesellschaft.

Weimarer Zeiten 2008 in Neukölln?

Damals gab es Verelendung. Der Staat kümmerte sich wenig. Vielleicht will man ja heute genau da wieder hin?

Für die Jugend nur schlechte Aussichten?

Junge Leute kümmern sich durchaus um Sport oder Kultur – wenn man sie lässt. Aber auch da wird ja gestrichen. Zugleich wird darüber gejammert, dass sie nichts machen, die wären nur faul, wollten nicht arbeiten.

Armut und Arbeitslosigkeit einfach hinnehmen?

Ich war auch in solch einer Lebensphase. Ich habe begonnen zu schreiben, auf Lesebühnen aufzutreten. Ich kann jedem nur raten, irgendetwas zu tun. Das Schreiben ist eine schöne Geschichte, die nicht jeder kann.

Andere können malen, können sich in ihrem Umfeld engagieren, können sich als Hausaufgaben-Hilfe anbieten, sie können Sport treiben. Auf keinen Fall die Freunde vernachlässigen, die Kontakte nicht verlieren, unbedingt neue aufbauen. Doch das ist schwierig. Ich kann das in seinen psychologischen Komponenten kaum beurteilen.

Wie erleben Sie von Erwerbslosigkeit Betroffene?

Ich kenne Leute, die jahrelang arbeitslos sind, oft in Paar-Situationen. Man richtet sich aneinander auf. Achtet darauf, dass das Wohnumfeld schön gestaltet ist. Viele besitzen trotz allem einen bewundernswerten Lebensmut. Aber die Gefahr besteht immer, dass dieser Lebensmut kippt. In meinem Buch blitzt schon deutlich auf, dass dieses nicht alles lustig ist.

Uli Hannemann lebt gern in Neukölln, schreibt er im Vorwort zu seinem Buch. Doch wer heute Neukölln sagt, der meint leider nur ein Synonym für eine verwundete Gesellschaft, die sich nicht selbst heilen kann - oder will; die schreit, schlägt und tobt, damit sie überhaupt noch wahrgenommen wird.

Übel genug: Neukölln ist als ‚Marke' eingeführt, dank Presse, Funk und Fernsehen. Neukölln steht für Rütli-Schule, Hartz-IV, Ehrenmorde und Unterschicht. Zwischentöne sind nicht gefragt.

Hannemann geht selbst voran. Aber seine Liebeserklärung an Neukölln fällt spröde aus. Sie klingt mehr wie ein von Herzen kommendes ‚Geht das nicht in deinen dämlichen Schädel rein: Ich lieb' dich doch, du blöde Kuh!'.

[1] Seit einigen Jahren gibt es die Internationale Zusammenkunft des Prekariats in Berlin (www.globalproject.info) [2] Prekärer Autoaufkleber ■

Eure Armut kotzt mich an [2]

armMACHTreich
Buch-Tipps

Julia Friedrichs – Gestatten: Elite Auf den Spuren der Mächtigen von Morgen, Hoffmann und Campe Verlag Hamburg

Daniel F. Pinnow – Elite ohne Ethik? Die Macht von Werten und Selbstrespekt, FAZ-Buch-Verlag Frankfurt am Main

Heike Schmoll – Lob der Elite Warum wir sie brauchen, C. H. Beck Verlag München

Nadja Klinger, Jens König – Einfach abgehängt, Die neue Armut in Deutschland Rowohlt Verlag Berlin

Heinz Bude – Die Ausgeschlossenen Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, Carl Hanser Verlag München

Jean Ziegler – Das Imperium der Schande Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung, C. Bertelsmann Verlag München

Dorothee Beck, Hartmut Meine – Armut im Überfluss Nachrichten aus einer gespaltenen Gesellschaft, Steidl Verlag Götting

SEIN LEBEN NACH DEM **ARBEITSAMT**

Die schöne-neue Welt des Florian Gerster

Für Florian Gerster gibt es, wovon Millionen andere ‚Freigesetzte' nur träumen: ein hübsches, auskömmliches Leben nach dem Rauswurf. In der breiten Öffentlichkeit stellte Gerster das ‚Gesicht der Arbeitsmarkt-Reformen' unter SPD-Kanzler Gerhard Schröder dar. Aktuell ist er als Lobbyist wirkungsvoll. Was macht der Oberstleutnant der Reserve heute sonst noch so, nachdem er im Januar 2004 als BfA-Chef an die Luft gesetzt wurde?

Von Christoph Theligmann

Sein Riesentalent, seinem Image (‚Klein gewachsen, aber große Klappe') zu entsprechen, bewies Gerster schon vor dem Dienstantritt bei der BfA. Vollmundig verkündete er, er werde mit der Hälfte der bisherigen Behörden-Bediensteten auskommen. In seinen Büchern (‚Arbeit muss sich lohnen' (2001) und ‚Arbeit ist für alle da' (2003), klang der kleine Mann noch leidlich anders.

Rufen wir uns in Erinnerung: Gerster, 59, war seit März 2002 Leiter der ‚Bundesanstalt für Arbeit' in Nürnberg, die 2004 in ‚Bundesagentur für Arbeit' umbenannt wurde. Seit 1966 Mitglied der SPD, hatte er den Job angenommen, nachdem sein Gehalt - 250.000 € pro Jahr – zuvor auf das Einkommensniveau des Kanzlers angehoben und damit verdoppelt wurde. Kaum an seiner neuen Wirkungsstätte angekommen, wetterte Gerster erstmal gegen das ‚überzogene Anspruchsdenken der Arbeitslosen'. Er war der erste Vorsitzende der früheren ‚Anstalt', der keinen Beamtenstatus besaß. Das Magazin Stern bescheinigte ihm früh die ‚Attitüden eines Sonnenkönigs', der seine BfA-Dienstvilla verschmähte und sich lieber im Nürnberger Hilton-Hotel einquartierte.

Seine eigentliche Aufgabe war der Totalumbau der ‚Agentur'. Schon im November 2003 geriet er aber wegen eines PR-Auftrags in Höhe von 1,3 Mio. €, der nicht ausgeschrieben worden war, in die Schlagzeilen. Am 20. Januar 2004 wurde dann der Vorwurf gegen Gerster laut, er habe veranlasst, dass interne Protokolle der Behörde verfälscht wurden, um die Affäre zu vertuschen. Ein interner Revisionsbericht entlastete ihn zwar, dennoch entzog ihm am 24. Januar 2004 der ‚Verwaltungsrat der Bundesagentur' das Vertrauen.

Noch am selben Tag wurde Gerster vom damaligen Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement – dieser inzwischen als Atom-Strom-Verfechter ein Lobbyist reinsten Wassers - entlassen.

In seiner Amtszeit wurde Gerster fast täglich mit neuen Vorwürfen konfrontiert. Dies machte ihn so populär, dass in der Late-Night-Show von Harald Schmidt die sogenannte Gerster-Uhr in Gang gesetzt wurde, um vorzuführen, wie sich seine Zeit als Behördenchef dem Ende näherte (Die Uhr tickte dann exakt 59 Tage, 23 Stunden, 42 Minuten und 13 Sekunden).

Die Angriffe gegen Gerster schlossen auch die Art und Weise ein, wie er angeblich mit seinen Mitarbeitern umsprang. Dazu sollte man wissen, dass der Mann nicht nur Diplom-Kaufmann ist,

sondern auch diplomierter Psychologe. Als solcher war er von 1981 bis 1991 freiberuflich beratend tätig. Da war Gerster, dessen Schwester Petra in Mainz als Heute-Moderatorin beim ZDF wirkt, schon längst als Spitzenpolitiker in Rheinland-Pfalz etabliert.

Nach seiner Entlassung 2004 war es zunächst ruhig um ihn geworden. Von der Öffentlichkeit deshalb kaum wahrgenommen, übte Gerster im Stillen gleich mehrere Beschäftigungen aus. So ist er Gründungsmitglied der ‚Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft'. Gegenwärtig bezeichnet Gerster sich selbst als Unternehmens- bzw. Personal-Berater. So kümmert er sich beim Headhunter Ray & Berndtson um die Besetzung von Führungspositionen im öffentlichen Sektor und im Gesundheitswesen.

Beim ‚Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit' organisiert Gerster Zusammenkünfte von Arbeitsmarktforschern mit Personalvorständen. Die Tätigkeit für diese Institution, welche von der entstaatlichten Deutschen Post finanziert wird, hinderte ihn nicht, Präsident des Mitte September 2007 gegründeten Arbeitgeberverbandes ‚Neue Brief- und Zustelldienste' zu werden, einem Zusammenschluss der privaten Postanbieter.

Für den US-Immobilieninvestor Fortress Investment nutzt Gerster alte politische Kontakte, um als Lobbyist das renditeträchtige Wirken von Fortress zu befördern. Als Verwalter eines privaten Aktienfonds ist dieses Unternehmen bestrebt, immense Bestände des deutschen sozialen Wohnungsbaus zu erwerben, um sie mit Gewinn am Kapitalmarkt placieren zu können. Gerster nennt sich offiziell ‚Vorsitzender des Investitionsbeirates'. In dieser Rolle instrumentalisiert er alte Verbindungen, um der deutschen Politik die Interessen von Fortress näher zu bringen.

Ex-Arbeitsminister Norbert Blüm sah im Auftreten des Florian Gerster als BfA-Boss einen klaren Fall von Größenwahn'. O-Ton Blüm: „Dem Herrn belieben es, auf dem hohen Ross zu reiten."

Otto Dix – ‚An die Schönheit' (1922)
Der Lobbyist – neudeutsch: ‚Political Engineer'

Impressum

SPERRE . WINTER 2008/09

Herausgeber:

abm e. V.
(Arbeitslose brauchen Medien)
Achtermannstr. 7 - 48143 Münster
Telefon: 0251 - 511.121
E-mail: sperre@muenster.de
Internet: www.sperre-muenster.de

Redaktion

Norbert Attermeyer (noa)
Helmut Scheimann (hs)
Christoph Theligmann (c.t.)
Arnold Voskamp (avo)
Tyll Zwinkmann (TYZ - v.i.S.d.P. -
E-mail: augenohr@freenet.de)

Gestaltung - Layout - Titel

Ulrike Goj
Lydia von der Haar

Bildredaktion

Karsten Fiener
Rainer Wunderlich (rwu)

Bildquellen

pixelio.de
W. Ebert

Anzeigen/Spenden

Maria Hamers
Ulrich Wieners
Bankverbindung
Sparkasse Münsterland Ost
BLZ 400 501 50 - Konto 4011797

Auflage

5.000 Exemplare

Bezug

Per Versand zum Selbstkostenpreis /
als Förderabonnement

Verteilung

Kostenfrei an Auslagestellen im
Innenstadtgebiet Münsters
(neue Interessenten wenden
sich bitte an den Herausgeber)

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch der auszugsweise Nachdruck, bedarf der Genehmigung. Leserbriefe bitte an den Herausgeber.
Wir freuen uns über jede Zuschrift. Anonyme Leserbriefe veröffentlichen wir nicht. Das Recht, zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe

März 2009

Redaktionsschluss

10. März 2009

Anzeigenschluss

15. März 2009

Wie nützlich bist Du?
FEINDBILD ARBEITSLOSE

Aktuelle Studien belegen es: Die Arbeitslosenfeindlichkeit hat die Fremdenfeindlichkeit als ein gesellschaftliches Grundübel längst abgelöst. Die Ökonomisierung des Sozialen schreitet munter voran. Sozial ist: was nützlich ist und Arbeit schafft. Egal zu welchem Preis. Nur die Starken überleben im ‚modernen' Forder-Staat. Viel zu oft und viel zu lange wird nur zugeschaut, wenn man ‚Florida-Rolf' zur allgemeinen Gaudi durchs Dorf treibt. Von Norbert Attermeyer

Der Bielefelder Konflikt- und Gewaltforscher Prof. Wilhelm Heitmeyer bringt es so auf den Punkt: „Wir müssen uns davon verabschieden, dass ausschließlich politische Ideologien - wie die des Rechtsextremismus - die abwertenden oder feindseligen Mentalitäten erzeugen." Das Thema Arbeitslosenfeindlichkeit reicht weit in die Gesellschaft hinein. In seiner auf zehn Jahre angelegten Langzeitstudie über ‚gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit' hat der Sozialwissenschaftler sich erstmals auch damit beschäftigt, welche Rolle wirtschaftliches Denken in der Bevölkerung spielt.

„Wir können uns in dieser Gesellschaft nicht zu viel Nachsicht leisten".

Die Antworten sind alarmierend. Für die Aussage: „Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten", erhielten Heitmeyer und seine Mitarbeiter Zustimmung von exakt einem Drittel der Befragten. 44 Prozent waren der Ansicht: „Wir können uns in dieser Gesellschaft nicht zu viel Nachsicht leisten." Der Befund hat Heitmeyer beunruhigt. Langzeitarbeitslose würden in breiten Teilen der Öffentlichkeit stigmatisiert. Ihnen werde ein Image zugeschrieben, nach dem ihre mangelnde Arbeitsmoral der entscheidende Grund für ihre Arbeitslosigkeit ist. Für den Satz: „Ich finde es empörend, wenn sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen", bekamen die Bielefelder Forscher eine Zustimmungsquote von 60 Prozent. Der Aussage: „Wenn man Langzeitarbeitslose zu öffentlichen Arbeiten heranzieht, stellt sich bald heraus, wer arbeiten will und wer nicht", stimmten sogar 88,5 Prozent der Befragten zu.

„Abwertungs- und Ausgrenzungstendenzen sind besonders stark bei Menschen verbreitet, welche selber schon mit einem Bein im Prekariat stehen."

Eine so breite Akzeptanz bei der Ausgrenzung von Arbeitslosen ist nicht neu. Im England der frühen dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts waren Millionen Menschen aufgrund der Weltwirtschaftskrise arbeitslos. Die zunehmende Armut war täglich auf den Straßen zu beobachten. Die Folgen konnte fast jeder spüren. Damals waren die Zeitungen jedoch voll von Berichten über Arbeitlose, die in der ‚sozialen Hängematte' liegen.

Auch in Schröders ‚Fördern und Fordern' steckt diese Verurteilung. Arbeitslose werden in den Generalverdacht gebracht, faule ‚Sozialschmarotzer' zu sein (Wolfgang Clement, Bild-Zeitung etc.). Professor Heitmeyer dazu: "Wir machen die Beobachtung, dass zum Teil auch politische Eliten - bis in die Talkshows hinein - diese Gruppe in den Fokus der Abwertung zieht."

Interessanterweise sind aber Abwertungs- und Ausgrenzungstendenzen besonders stark bei Menschen verbreitet, welche selber schon mit einem Bein im Prekariat stehen. Bei sinkender Soziallage, so die Bielefelder Forscher, nähmen Vorurteile gegenüber Langzeitarbeitslosen zu. Hier wachse das Bedürfnis, „sich von Personen am unteren Rand der Sozialhierarchie abzugrenzen, indem man diesen eine negativere Arbeitshaltung zuschreibt als sich selbst." Sozusagen ein kollektives Pfeifen im Walde.

„Die Gesellschaft bewegt sich weg von der Marktwirtschaft zur Marktgesellschaft."

Die Verurteilungen lassen sich mit wirtschaftlichen Interessen erklären, denn diese sind auf breiter Linie auf dem Vormarsch. Ob als Kunde oder als Partner: „Die Gesellschaft bewegt sich weg von der Marktwirtschaft zur Marktgesellschaft." Laut Heitmeyer werden selbst soziale Beziehungen zunehmend unter dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit und Effizienz gesehen.

Eine Studie der Uni Leipzig kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung haben Prof. Dr. Elmar Brähler und Dr. Oliver Decker einen ‚Blick in die Mitte' gewagt. Wobei sie ebenfalls zu der Erkenntnis gelangten, dass das gesellschaftliche Klima zunehmend von Druck und Ausgrenzung geprägt ist: „Es wird ein hoher gesellschaftlicher Normierungsdruck empfunden; gleichzeitig werden Sanktionen gegenüber abweichendem Verhalten akzeptiert. Dadurch kommen insbesondere Migrantinnen und Migranten sowie Arbeitlose unter Anpassungsdruck und werden ausgegrenzt."

„Wer nützlich ist für die Gemeinschaft, ist akzeptiert, ist drin. Aber wehe, man ist es nicht."

Laut ihrer Studie geraten Arbeitslose und Migranten von zwei Seiten unter Beschuss: "Wer abweicht, ist dem psychischen Normierungsdruck der Gemeinschaft ebenso ausgesetzt wie dem Zugriff staatlicher Stellen." Es gilt die Kraft des Stärkeren. Wer nützlich ist für die Gemeinschaft, ist akzeptiert, ist drin. Aber wehe, man ist es nicht. Professor Brähler fasst es so zusammen: "Eine offene und demokratische Gesellschaft ist auch daran zu messen, wie stark der Integrationsdruck auf jedem ihrer Mitglieder lastet. ... (Sie ist) auch daran zu messen, wie stark sie ihre Mitglieder durch die Auslieferung an Instanzen bedroht." Diese Erkenntnisse offenbaren eine Gefahr für die Demokratie. Die Leipziger Forscher sehen bei dem festgestellten Druck auf Minderheiten und Ressentiments gegen ‚Asoziale' (etwa Arbeitslose) einen Zusammenhang mit rechtem Gedankengut. Ihrer Erkenntnis nach habe der ‚Blick in die Mitte' gezeigt, dass viele Deutsche das Scheitern der nationalsozialistischen Größenfantasie als Kränkung erfuhren und die entstandene Lücke durch eine ‚narzisstische Plombe' ersetzten: das Wirtschaftswunder. Eine Plombe, „die in der Zeit gestiegener ökonomischer Unsicherheiten seit den 1990er Jahren ihren Halt verloren hat und den Blick freigibt, auf antidemokratische Einstellungen nahe an der Wurzel."

Hohe Verhandlungen über die Nützlichkeit von Menschen

Beim Thema Arbeitslosenfeindlichkeit geht es um mehr als eine bloße Bestandsaufnahme über den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Es geht im Kern um die Grundfesten unserer Demokratie. Hier ist ein radikales Umdenken gefordert. Wieso darf Arbeitslosen immer wieder Leistungsmissbrauch unterstellt werden, wenn alle seriösen Untersuchungen zu einem völlig anderen Ergebnis kommen? Wieso werden Millionen Menschen immer wieder als potentielle Sozialschmarotzer an den medialen Pranger gestellt? Wieso wird bei jedem Fördern immer wieder das misstrauische Fordern eingestreut? Die Entmenschlichung der Armen schreitet voran: „Sozial Schwache" sind im öffentlichen Sprachgebrauch nicht hartherzige, oder ähnliche Asoziale, sondern Menschen, die wenig Geld haben. Hiermit einher geht das Attribut „bildungsfern", welches ebenfalls gern für finanzschwache Familien benutzt wird. Gerade so, als ob Arme auch automatisch dumm wären.

Was sich in der Sprache verrät ist in der Gesellschaft bereits voll angekommen. In einem kürzlich ausgestrahlten Selbsterfahrungsbericht zum Thema „Leiharbeit" kommt der Arbeitgeber erst nachdem sich das Fernsehen angemeldet hat, auf die Idee für die Arbeiter ein Dixie-Klo aufzustellen und nach vier Stunden Arbeit eine Pause einzuführen. Vorher schien ihm völlig entgangen zu sein, dass Arbeitslose auch Menschen sind. Der Volkswirtschaftsprofessor der Uni Bayreuth, Peter Oberender, will Menschen, die von Armut betroffen sind dazu animieren, ihre Organe zu verkaufen. Aus dem Bundesvorstand der Union kommt der Vorschlag, für Arme das Wahlrecht einzuschränken. All diese Vorgänge finden ihre geistigen Wurzeln in einem Sozialdarwinismus, der Mildtätigkeit und Hilfsbereitschaft als Schwäche auslegt, die das „natürliche" Überleben des Stärkeren nur unnötig verfälscht. Hilfe soll deshalb auch nur den „wirklich" Bedürftigen zukommen und die beste „Hilfe" entseht in dieser Logik durch Leistungskürzung. Die Stärksten überleben.

Diese Grundüberzeugungen sind auch im Faschismus zu finden. Die Durchdringung unserer Gesellschaft mit diesem Gedankengut ist eine handfeste Gefahr für die Demokratie. Soziologen sprechen in diesem Zusammenhang bereits von der Postdemokratie. Aufwachen ist angesagt. Arbeitslosenfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit sind die zwei Gesichter der Menschenfeindlichkeit. Und Menschenfeindlichkeit ist Demokratiefeindlichkeit. Es muss ein Ruck durch unsere Gesellschaft gehen, die Reihen müssen geschlossen werden. Lichterketten und Solidaritäts-Konzerte sind da gar nicht notwendig. Wichtig ist auf dem Platz. Der Alltag entscheidet.

Mein Kumpel ist arbeitslos, ja und?

Quo vadis, Arbeitsamt?

Ein Amt verwischt seine Spuren

Das Arbeitsamt war früher mal ganz einfach ‚Das Arbeitsamt'. Im Marketing heißt so was ‚Corporate Identity' oder ‚Eine Marke'. In Münster war das Arbeitsamt an der Wolbecker Straße. Es vermittelte Arbeitsplätze und es zahlte Arbeitslosengeld an alle Arbeitslosen, die Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hatten. Wer kein Arbeitslosengeld (mehr) bekam, konnte Arbeitslosenhilfe beantragen. Aber das ist Geschichte. Wer, wie, wo, was ist das Arbeitsamt heute? Eine Analyse. Von Arnold Voskamp

Vor etwa 30 Jahren breitete die Arbeitslosigkeit sich aus zur Massenarbeitslosigkeit, zur Langzeitarbeitslosigkeit. Das Arbeitsamt Münster mietete seine Zweigstelle am Nevinghoff und kaufte für ein neues, großes Arbeitsamt in Münster schon ein Grundstück, am Dahlweg, wo Ford Fischer seine Autos parkt.

Arbeitslosigkeit kostet viel Geld, manchen in der Politik war das zuviel. Zunehmend wurden Arbeitslose abgewiesen, zunehmend musste die Stadt Münster mit ihrer Sozialhilfe einspringen, wie alle Gemeinden. Diese versuchten sich zu retten, indem sie über Beschäftigungsprogramme (‚Arbeit statt Sozialhilfe') Arbeitslose ins Sozialversicherungssystem brachten und damit in die Pflicht der Arbeitsämter. Der Arbeitsmarkt aber wollte sich gar nicht gut entwickeln. Die Zahl der sozialversicherten Stellen ging dramatisch zurück. Damit sie nicht so schlimm aussah, wurde die Arbeitslosigkeit kleingerechnet, in Maßnahmen, in Warteschleifen von Schulabgängern, im ‚nicht-arbeitslosen' Übergang in die Rente.

‚Reform'

Es wurde modern, den Sozialstaat zu reformieren, sprich zurechtzustutzen. ‚Arbeitsamt' hört nach erstarrter Behörde an. Moderner ist besser: ‚Agentur für Arbeit'. Sie erhielt einen Vorstand, wie ein richtiges Unternehmen. Und alles wäre gut.

Derjenige, der die Idee hatte, wurde gleich Vorstandsvorsitzender der neuen Bundesagentur. Er hieß Florian Gerster, verdiente soviel wie der Kanzler und regierte, nein residierte wie eine König. Gerster war Schröders Mann für das ‚Spuren verwischen' im Rahmen der Hartz-Reformen. Arbeitslose beschwerten sich bei ihren Arbeitsvermittlern, sie hätten von einer dubiosen ‚Agentur für Arbeit' Post gekriegt. Sie glaubten an das Gute im Arbeitsamt. Gersters Erfolge waren Skandale. Er musste gehen. Selbstredend bekam er als geschasster Vorstand eine Abfindung wie ein Bundesligatrainer. Heute spricht er für den Verband der ‚Neuen Brief- und Zustelldienste', die der gelben Post mit Dumpinglöhnen Konkurrenz machen. Auch vermakelt er in großem Stil Sozialwohnungen für US-Investmentfonds (mehr bei: de.wikipedia.org/wiki/Florian_Gerster). Wahrscheinlich ist

er wie Clement, Schröder oder Hartz immer noch in der SPD.

Alt und Weise

Gersters Nachfolger heißen Alt und Weise. Beide trennten als Folge von Hartz IV die ‚Agenturen für Arbeit' in zwei Teile. Die Abteilung Arbeitslosenversicherung heißt weiter ‚Agentur für Arbeit' und schrumpft sich klein. Die Abteilung Arbeitslosenhilfe, vereint mit der Sozialhilfe, heißt nun Arbeitsgemeinschaft, ArGe oder JobCenter, oder welches Schild auch immer an der Eingangstür hängt, falls da überhaupt eins hängt.

‚Hilfen aus einer Hand' war mal das Schlagwort. Arbeitslose spüren nichts von einer gemeinsamen Hand, oft fühlen sie sich von mehreren Händen abgewiesen, bedrängt oder gefordert, aber von keiner Hand gefördert. Die inneren Reformen der Bundesagentur trieben manche der Arbeitsvermittler alter Qualität in die vorgezogene Rente. Ihre Standards (Bezug zu den Betrieben, sozialer Auftrag) spielen weniger eine Rolle als rastlose Verwaltungsumstellung und Ausbau des Controllings, die als Dynamik und Flexibilität verkauft werden.

Arbeitsamt II

In Münster verzogen sich die Reste der ‚Agentur für Arbeit' in den Nevinghoff. Das alte Arbeitsamt an der Wolbecker Straße kriegte den Namen ‚Arbeitsgemeinschaft Münster', kurz ArGe oder AMS, das ist die Arbeitsvermittlung für Hartz IV-Bezieher. Zum Frühjahr 2008 mietete die ‚Hartz IV-Arbeitsvermittlung' sich im alten ‚Sozialamt' am Ludgeriplatz ein, vereint mit der ‚Hartz IV-Leistungsabteilung'. Das Amt hat keinen richtigen Namen. Manche sagen ‚Arbeitsamt II' dazu, andere sagen ‚Sozialamt' oder kurz Sozi. Am Nebeneingang steht ‚Kunden Zentrum Soziales'. Am Haupteingang finden sich Pfeile, die einen woanders hin schicken, aber keiner, der zum Eintreten einlädt.

Wie das Geld heißt, was die ‚Arge' auszahlt oder nicht, ist nicht klar. ‚Arbeitslosengeld II' heißt es für die meisten, egal, ob sie arbeitslos sind oder nicht. ‚Hartz IV' sagen viele, manche sagen ‚Sozialhilfe' oder ‚Arbeitslosenhilfe' oder ‚Arbeitslosengeld IV'.

Knapp 20 000 Menschen leben in Münster von ‚Hartz IV', als arbeitslos gelten 6000 davon. 70 % der Arbeitsangebote für sie sind Leiharbeit, also zweiter oder dritter Arbeitsmarkt, auf Deutsch gesagt: ohne große Perspektive. ‚Hartz IV' ist nicht gewollt, aber stabil. Die Betriebe wollen die Leute nicht, die Agentur nicht, die Kommunen wollen sie auch nicht, darum gibt es die Arbeitsgemeinschaft.

Weil ihr keine klaren Rechtsverhältnisse zugrunde liegen, hat das Bundesverfassungsgericht die Konstruktion der Arbeitsgemeinschaft nun für verfassungswidrig erklärt.

Ähnlich ungeliebt gewollt wie die Hartz IV-Bezieher fühlen sich manche der Sachbearbeiter und Vermittler. Sie werden nur befristet eingestellt, und nur zum kleineren Teil fest übernommen. Es gibt vermehrt Personalwechsel und nicht besetzte Stellen. Qualifizierung ist oft 'learning by doing'. Wer als wenig erfahrener, befristet eingestellter Vermittler über 400 Leute in der Kartei hat, kann sich kaum um den einzelnen kümmern. Stress und Eskalation in jeder Ton- und Gefühlslage sind also vorprogrammiert.

Arbeitsamt I

Das klassische Arbeitsamt, die ‚Arbeitslosenversicherung' mit dem Namen ‚Agentur für Arbeit', ist jetzt vom Nevinghoff umgezogen, in die Loddenheide. Das ist nicht die letzte Ruhestätte, die

heißt Lauheide. Loddenheide ist das Gewerbegebiet rechts vom Albersloher Weg, hinter Ratio. Irgendwo mitten drin in einem Mietkomplex liegt das neue Amt. Martin-Luther King Weg 22, weit weg von der nächsten Buslinie.

Inzwischen betreut die Agentur für Arbeit Münster weniger als 3000 Arbeitslose, so wenige wie seit 30 Jahren nicht mehr. Arbeitslose nicht halbiert, wie Kohl das noch wollte, nein, Arbeitslose bald ganz weg, weggerechnet.

KEINE BERATUNG.....

ÜBER DAS SCHWEIGEN IM ARBEITSAMT

Mit Hinweis auf die Beratungspflicht der Arbeitsagenturen hat CDU-Landessozialminister Karl-Josef Laumann die Finanzierung der unabhängigen Beratungsstellen für Arbeitslose im September 2008 eingestellt. Dass aber die Beratung durch die zuständigen Sachbearbeiter mehr als unzureichend ist und den Erfordernissen auch gar nicht gerecht werden kann, wird an einem Fall erläutert, der sich so zugetragen haben könnte. Ergebnis: Keine Beratung trotz Beratungspflicht. Von Helmut Scheimann

Am Beispiel einer Erbschaft

Unverhofft gelangt die 55-jährige Hartz-IV-Empfängerin Frau D zu einer kräftigen Finanzspritze. Etwa 5.000 € beträgt der Pflichtteil aus der Erbschaft einer Tante. Aus Unkenntnis, wie dieser Vorgang zu bewerten ist, und aus mangelndem Vertrauen, verschweigt sie das zunächst gegenüber der Hartz-IV-Behörde.

Als sie ihren nächsten Folgeantrag für das Arbeitslosengeld II stellt, gibt sie den Zinsbetrag an, welchen sie in den letzten Monaten erhalten hat. Umgehend wird sie von ihrem Sachbearbeiter der Leistungsabteilung vorgeladen und zu ihrem plötzlichen ‚Reichtum' zur Rede gestellt. Da sie nun keinen anderen Ausweg mehr sieht, gibt sie die Erbschaft zu.

Zunächst macht der Sachbearbeiter ihr massive Vorwürfe, erklärt dann aber: „Von der Verhängung eines Ordnungsgeldes werde ich noch einmal absehen. Doch die Erbschaft muss ich einfordern."

Frau D kann sich nicht einfach damit abfinden. Sie wendet sich an eine Arbeitslosenberatungsstelle und wird darüber informiert, dass ihr Fall keineswegs so eindeutig ist, wie die Leistungsabteilung vorgibt. Als ein Bekannter von der Sache erfährt, macht er sich ebenfalls sachkundig und erklärt sich bereit, sie als Beistand zum Amt zu begleiten.

Erst nach mehreren Monaten wird Frau D schriftlich aufgefordert, innerhalb einer kurzen Anhörungsfrist per Fragebogen zu den Vorgängen Stellung zu nehmen, den Erbschein einzureichen und zuzustimmen, dass die erzielten Zinsen in monatlichen Raten von ihrem Regelsatz abgezogen werden.

Telefonisch bittet sie ihren Sachbearbeiter um einen Termin, um die Unterlagen abzugeben und mündlich Stellung zu nehmen. Sie wird für den kommenden Donnerstag eingeladen. Dieser Termin liegt bereits außerhalb der ihr zunächst gesetzten Frist.

Am Donnerstag stellt Frau D ihren Bekannten vor: „Der Sachverhalt ist kompliziert. Deshalb habe ich Herrn F mitgebracht." Diese Information scheint ihr Sachbearbeiter gar nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Zunächst einigt man sich wegen der Zinsen auf einen monatlichen Abzug von 30 €. Nachdem Frau D den Erbschein übergeben hat, teilt der Sachbearbeiter mit: „Die Verrechnung der Erbschaft wird zu sehr viel höheren Abzügen führen."

Als der Begleiter von Frau D etwas einwenden will, fährt der Sachbearbeiter ihn an: „Wer sind Sie denn!? Ich unterhalte mich gerade mit Frau D!"

Dreimal erklärt der Bekannte: „Ich bin Beistand, ich möchte etwas sagen." Doch jedesmal schneidet der Sachbearbeiter ihm das Wort ab, mit Sätzen wie: „Das gehört hier nicht hin", „Ich möchte mich aber lieber mit Frau D unterhalten" und „Einwände können Sie im Widerspruchsverfahren äußern."

Schließlich weist er darauf hin, dass er dem Beistand nur eine kurze Stellungnahme gestatten werde. Dieser verspricht, den Sachverhalt in einer nicht einmal fünfminütigen Zusammenfassung darzulegen:

„Es geht hier um die Frage, ob es sich bei der Erbschaft um Einkommen handelt, das anzurechnen ist, oder aber um Vermögen, das unter das Schonvermögen fällt. Zu dieser Problematik liegt uns ein Aufsatz eines Fachanwalts vor. Danach sind diese Begriffe in den Sozialgesetzen nicht eindeutig definiert. Deshalb hat das Bundesverwaltungsgericht im Jahre 1999 mehrere Grundsatzentscheidungen getroffen. Nach diesen ist der Pflichtteil einer Erbschaft als Vermögen zu werten."

Der Sachbearbeiter erwidert: „Wir haben längst andere Gesetze und wir verfahren ja nicht nur bei Frau D so, sondern generell."

Der Beistand: „Welche neuen Gesetze haben Sie denn? Etwa die Arbeitslosengeld-II-Verordnung?"

Der Sachbearbeiter: „Ja, genau."

Der Beistand: „Dabei handelt es sich ja nur um eine Verordnung, die weniger Gewicht hat, als Gesetze oder die Grundsatzentscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes. Außerdem ist diese Verordnung in dem Aufsatz des Fachanwalts berücksichtigt."

Der Sachbearbeiter: „Dann werde ich mir das mal ansehen."

Der Beistand: „Auf juristischem Gebiet sind wir nur Laien. Kann Frau D angesichts

der unübersichtlichen Rechtslage auf Kosten der Arge einen Anwalt aufsuchen?“

Der Sachbearbeiter: „Nein, das geht nicht.“

Der Beistand: „Können Sie uns dann beraten?“

Der Sachbearbeiter: „Wir machen keine Beratung. Wir erlassen einen Bescheid. Im Widerspruchs- oder Klageverfahren können Sie sich dann von einem Anwalt beraten lassen.“

Frau D: „Das zieht sich dann monate- oder jahrelang hin und ist sehr belastend.“

Der Beistand: „Können Sie uns nicht doch beraten? Welche Bestimmung ist gültig? Gab es bereits ähnliche Fälle in Münster? Wie wurden diese im Widerspruchs- oder Klageverfahren entschieden“

Der Sachbearbeiter: „Wir machen keine Beratung. Wir geben Bescheide heraus.“

Der Beistand: „Frau D hat aber einen Anspruch auf eine Beratung. Dann machen wir das schriftlich. Wir übergeben Ihnen einen Katalog mit Fragen zur Bedeutung der Verordnung, zu den Grundsatzentscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts, zu den in dem Artikel des Fachanwalts angeführten Präzedenzfällen, zu den in den Fußnoten genannten Autoren, welche den Sachverhalt ähnlich beurteilen, usw.“

Der Sachbearbeiter: „Bei der Anzahl der Fälle, die ich bearbeite, habe ich gar keine Zeit, mich mit diesen Fragen zu befassen. Außerdem ist die Anhörungsfrist bereits abgelaufen.“

Der Beistand: „Werden Sie denn den Artikel des Fachanwalts bei Ihrer Entscheidung berücksichtigen?“

Der Sachbearbeiter: „Ja, ich mache mir eine Kopie.“

Da der angekündigte Fragenkatalog mit dem Hinweis auf die abgelaufene Anhörungsfrist wohl ignoriert werden würde, verzichtet Frau D auf diese Maßnahme und wartet auf ihren Bescheid.

Schlussfolgerungen

Es gibt tatsächlich die genannten Grundsatzentscheidungen, die Verordnung und den Artikel des Fachanwalts (siehe Erklärungen). Nicht selten machen Beistände die hier geschilderten Erfahrungen. Auch gibt es viele andere strittige Punkte, bei denen die Rechtslage ‚unübersichtlich’ ist. Deshalb ereignen sich häufig solche und ähnliche Fälle.

Abgesehen davon, dass hier der Sachbearbeiter in rechtswidriger Weise versucht, den Beistand von dem Verfahren auszuschließen (siehe Erklärungen), befindet er sich in einem Interessenkonflikt: Per Verordnung - und vermutlich auch per Anweisung der Amts- und Teamleitung - ist er dazu angehalten, im Widerspruch zu Grundsatzentscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes zu handeln. Durch eine objektive Beratung würde er sich wohl eines Dienstvergehens schuldig machen. Daraus ist zu folgern:

Nur durch eine unabhängige Beratung haben viele Betroffene eine Chance, zu ihrem Recht zu kommen.

Es ergeben sich weitere Fragen: In wievielen Fällen haben sich die Arbeitsagenturen schon zu Unrecht Erbschaften von Hartz-IV-Empfängern angeeignet? Wie viele Millionen € wurden dabei eingenommen? Müsste man nicht den Begriff ‚Sozialmissbrauch von oben’ in die Debatte einführen?

Fast die Hälfte der Klagen gegen Hartz-IV-Bescheide ist erfolgreich, wie erst kürzlich wieder in den Medien berichtet wurde. Angesichts einer solchen Situation, hat CDU-Minister Laumann den Arbeitslosen nun die Möglichkeit genommen, sich Rat zu holen, um sich gegen ungerechtfertigte Bescheide zur Wehr setzen zu können. Widerspricht das nicht jeder Vorstellung von Rechtsstaatlichkeit?

Gegen Windmühlen nur mit dem Beistand ihres Vertrauens

Der Beistand

„Beistand ist eine Person des Vertrauens, die nicht Bevollmächtigter ist; er kann nur zusammen mit dem Beteiligten, nicht an seiner Stelle, handeln ... Der Beistand muss nicht bei der Behörde (vor-) angemeldet werden ...“ (NomosKommentar SGB II, 2007) „Ein Beteiligter kann zu Verhandlungen und Besprechungen mit einem Beistand erscheinen. Das von dem Beistand Vorgetragene gilt als von dem Beteiligten vorgebracht, soweit dieser nicht unverzüglich widerspricht.“ (§ 13 SGB II Abs. 4) - Beistände können nur zurückgewiesen werden, wenn sie „geschäftsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten besorgen, ohne dazu befugt zu sein“ oder „wenn sie zum sachgemäßen Vortrag nicht fähig sind.“ (§ 13 SGB II Abs. 5 u. 6)

Quellenangaben

Grundsatzentscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts von 1999, genannt in: Conradis (2007).

Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, aktuelle Fassung: 17.12.2007. Conradis, Wolfgang: Einkommen und Vermögen im SGB II – Probleme der Abgrenzung. Info also, 1/2007.

Kleiner Tipp zum Schluss

Bei Bedarf organisiert das Offene Frühstück im MALTA – Münsters Arbeitslosentreff, Achtermannstraße 10, Tel. 0251/ 4140553 – einen Begleitservice zu allen Terminen bei der ‚Arbeitsgemeinschaft Münster’ (Arbeitsagentur/Sozial-amt). www.erwerbslos.de

DIE BÜCHER-LESE IN DER SPERRE

Mit Fleiß in das Elend frühkapitalistischer Zeiten

WILFRIED VON SALZLEBEN über den Undercover-Bericht ‚Arm durch Arbeit'

Probehalber, mit allen Konsequenzen, setzte sich Autor Marcus Breitscheidel für 18 Monate selber auf Hartz IV. Er fischte Pfand-Dosen aus Papierkörben, verlieh sich als Miet-Arbeiter an Opel sowie an den Pharmakonzern Bayer/Schering und pflückte als Erntehelfer Erdbeeren.

Trotz Vollarbeit im Schichtbetrieb langte sein Einkommen nicht zum Leben. Wie die Mehrheit der Betroffenen musste er schließlich zusätzliche staatliche Unterstützung beantragen, war auf karitative Speisetafeln und Kleiderkammern angewiesen. Kein Einzelschicksal, denn in Deutschland sind inzwischen Millionen von Menschen so genannte ‚Aufstocker'. ‚Arm durch Arbeit' ist ein aufrüttelnder Tatsachenbericht über die menschliche Existenz am Limit.

„Leiharbeiter werden gemobbt, weil sie die tariflich entlohnten Arbeitsplätze gefährden"

Der gelernte Wirschaftswissenschaftler Breitscheidel analysiert und dokumentiert die individuellen, aber auch die gesellschaftlich-ökonomischen Auswirkungen der politisch gewollten Billiglohn-Strategien. Über 7 Millionen Menschen (manche Quellen sprechen von 11 Millionen) arbeiten im Niedriglohnsektor in Vollzeit. Das sind nahezu 30% der abhängig Beschäftigten im Land. Seit 2005 sind auch 5 Millionen aus dem ‚bürgerlichen Mittelstand' davon betroffen. Während jedoch viele Unternehmen (und ihre Aktionäre) seit Jahren satte Gewinne einstreichen, verlieren immer mehr Bürger den Kampf gegen den sozialen Abstieg. Breitscheidel vermutet deshalb zu Recht, die Tiefstbezahlung werde irgendwann zu einem Kollaps der sozialen Sicherungssysteme führen.

Die schwindende Kaufkraft verstärkt bereits länger die deutlichen Bremsspuren der Binnenkonjunktur. Der 2009 weiter einbrechende Absatz wird so zu massiven Auslagerungen und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führen. Für den Autor ist die ganze Hartz-IV-Gesetzgebung der Fahrstuhl in die Armut - jetzt und im Alter. Das erschütternde an seinem Buch sind freilich nicht ‚nur' die volkswirtschaftlichen Aspekte. Vielmehr sind es die zahllosen Einzelschicksale aus dieser unterirdischen Welt der neuen ‚Menschenhändler', der Zeit- und Leiharbeitsfirmen. Breitscheidel schreibt, er sei auf eine gängige Praxis gestoßen, die es „Unternehmen in Deutschland ermöglicht, kostenlos an Arbeitskräfte zu kommen". Belegt wird das am Beispiel eines deutschen Briefdienstleisters.

Erdbeeren pflücken für 2 € 50 die Stunde und bei Opel Hilfsjobber für 7 € 50, der Hälfte des beim Autobauer gezahlten Mindestlohnes. Dazu das Mobbing der (noch) Festangestellten, die in den Kurzzeitkollegen die Propheten ihrer eigenen Zukunft sehen müssten. Keine Pausenräume, keine Umkleideplätze und den doppelten Preis für das Kantinenessen. Ausgrenzung der Ausgeliehenen bestimmt das Betriebsklima. Arbeiter zweiter Klasse. Das Selbstbewusstsein verdampft, jeder Funken Solidarität wird erstickt, weil die schiere Angst umgeht in den Betrieben. Breitscheidel, der das von ‚Rot-Grün eingeführte Flaschen- und Dosen-Pfandsystem für das einzig wirksame Sozialgesetz der vormaligen Schröder-Regierung' hält, erwartet die schon angedrohten Klagen von Leiharbeitsfirmen freudig-gelassen: „Je mehr Aufmerksamkeit ich durch mein Buch erzeuge, desto besser."

Marcus Breitscheidel
Arm durch Arbeit
ECON-Verlag, 2008
224 Seiten – 18 €

Kapitalismus ist ein Ethikfresser

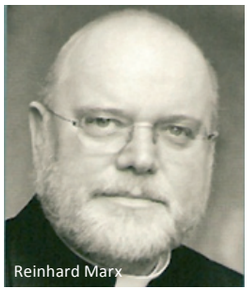
TYLL ZWINKMANN über ‚Das Kapital' des Erzbischofs Marx

Bruder Reinhard, der Namensvetter von Karl Marx, hat nun auch sein ‚Kapital' geschrieben. Darin: ein persönlicher Brief an den toten Karl. In ihm heißt es: „Ein primitiver Kapitalismus richtet sich gegen die Menschen und wird deshalb niemals akzeptiert werden". Über diese Weisheit wird der alte Marx in der Kühle seines Londoner Grabes nur milde lächeln.

Der Hoffnungsträger der katholischen Kirche in Deutschland heißt Marx, Reinhard Marx, aus Geseke, Westfalen. ‚Der Markt ist sozial und der Kapitalismus gerecht'. Nein. Das ist nicht Reinhard Marx. Dafür ist der frühere Professor für christliche Sozialethik zu klug. Das ist (natürlich) von Friedrich Merz (CDU), aus Brilon im Sauerland. Was beide verbindet, ist sicher der Instinkt für den Markt. Mitten in der dicksten Krise seit 1929 legen sie Bücher vor, denen die Aufmerksamkeit nachlaufen muss. Der Merz-Schinken heißt (natürlich) ‚Mehr Kapitalismus wagen'. Willy Brandt-Fans wird sich der Magen umdrehen. Doch auch Reinhard Marx nutzt die Mittel des Marktes, inklusive Familienname und Buchtitel.

‚Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie hat Dienerin der Menschlichkeit zu sein'

Mehr als 140 Jahre nach Veröffentlichung des sozialistischen Klassikers ‚Das Kapital' setzt sich Reinhard Marx in seinem Band mit Fragen der Wirtschaftsordnung und der sozialen Gerechtigkeit auseinander. Er will deutlich machen, dass die katholische Soziallehre, die wesentliche Wurzeln in Münster hat, nicht nur ein Theoriegebäude ist, ‚sondern sich in der aktuellen politischen Debatte bewährt'. Karl Marx bleibt für Marx, den Bischof, ‚der große Gegner', dem er Respekt bezeugt, ‚allein schon wegen der Wirkung seiner Gedanken, etwa in der frühen Arbeiterbewegung'. Das ist hübsch, ein wenig schlicht.


Reinhard Marx

Was will nun aber der Theologe Marx mit seinem ‚Kapital' wirklich? „Ich möchte verhindern helfen, dass man wieder in diese ideologische Schublade hineingreift und zu dem Schluss kommt, der Kapitalismus-Kritiker Karl Marx habe vielleicht die richtigen Antworten". Das ist ehrlich. Ein theologischer Marx also, der nicht die Revolution predigt, sondern Reformen. Er spricht von ‚Geierfonds'. Es könne nicht angehen, dass Hedgefonds Unternehmen kaufen und zerschlagen, nur um Gewinne zu machen. Und: „Staaten, die so etwas zulassen, sind nichts anderes, als moderne Räuberbanden". Es dürfe nicht angehen, dass sich der entfesselte Kapitalismus selbst zerstöre und die Gesellschaft gleich mit. Der Mensch müsse sein Geld mit Arbeit verdienen, nicht mit Spekulation. Die katholische Soziallehre ist die Bibel von Marx. Diese geht u. a. auf die Papst-Enzyklika ‚Rerum Novarum' von 1891 zurück. Sie lehnt den Sozialismus ebenso ab wie den reinen Wirtschaftsliberalismus.

Um sich zu verorten, zitiert Marx in seinem Buch gern Thesen von Papst Johannes Paul II.

Dieser habe im Mai 2003 erklärt: „Es ist bestürzend, eine Globalisierung zu sehen, die die Lebensbedingungen der Armen immer schwieriger macht, die nicht dazu beiträgt, Hunger, Armut und soziale Ungleichheit zu heilen, und die die Umwelt mit Füßen tritt. Diese Aspekte der Globalisierung können zu extremen Gegenreaktionen führen: zu Nationalismus, zu religiösem Fanatismus, zu Terrorismus“. Der Erzbischof Marx nennt Zahlen, die vielen die Zornesröte ins Gesicht treiben: 1985 habe es weltweit 140 Milliardäre gegeben. 2006 waren es 793, 2007 schon 946 und 2008 bereits 1125. Das Konzept der Globalisierung müsse durch eine Globalisierung von Solidarität und Gerechtigkeit ergänzt werden, schreibt der Seelsorger. Kapitalismus ohne Rahmenordnung schädige das Gemeinwohl. Die Kernfrage seines Buches lautet etwa so: Wie wollen die freiheitlichen Gesellschaften überleben, wenn sie einerseits die Demokratie, also die politische Gleichheit für alle propagieren, aber andererseits eine Wirtschaftsstruktur zulassen, in der die Ungleichheiten immer weiter zunehmen? Karl Marx, nicht verwandt und nicht verschwägert mit dem Priester Reinhard, hatte darauf eine klare Antwort: ‚Die Menschen werden sich das, was ihnen verweigert wird, irgendwann nehmen’.

P. S. In ‚Arm durch Arbeit’ von M. Breitscheidel, stellt Bischof Marx seine Lösungsansätze zum Thema ‚Kinderarmut’ vor.

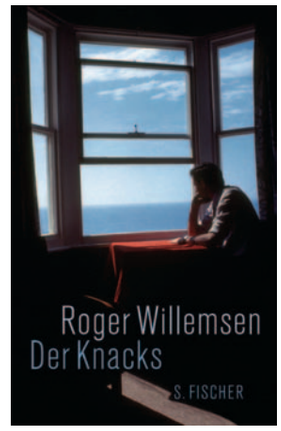
Reinhard Marx
Das Kapital
Pattloch Verlag bei
Droemer Knaur, 2008
320 Seiten - 19.95 €

Konkretes Denken im Meer der Ungewissheiten

WILFRIED EBERT über ‚Der Knacks’ von Roger Willemsen

Er steckt in uns, ist um uns: der Knacks. Wir erleben ihn als Abfallen der Lebenstemperatur, als seelische Ermüdungserscheinung. Wir erkennen den ‚Knacks’ in der Landschaft, in unseren Städten, in der Armut, der Obdachlosigkeit, sogar im 11. September 2001 und dem Lager in Guantánamo. Der ‚Knacks’ ist der Takt in uns. Er begleitet unsere Siege und unser Scheitern.

Willemsen betrachtet den Knacks, mit dem wir die Kindheit verlassen, und den, den uns die Liebe zufügt. Der Knacks ereilt scheinbare Dauersieger und Unterlegene, Träumer, Schweiger, Lauthälse, Paare und Einzelgänger, sogar Gruppen. Der Knacks ereilt uns, bei unserem Gang durch die Zeit. Warum wurde man nicht, was man hätte sein können? Wie lernen wir all das kennen, was wir haben, bevor wir es verlieren? Der Autor fragt sich bei seinen Reflexionen, ob wir mitunter überhaupt noch bewusst anwesend sind in unserem Leben. Fragt, warum selbst im Glück der Knacks sitzt. Der Knacks zeigt sich nicht nur beim Einzug der Enttäuschung in unser Leben, nicht nur bei der Wahrnehmung des Älterwerdens. Unsere Verwandlungen finden permanent in uns statt. Sie vollziehen sich nicht mit einem Knall, sondern schleichend, oft unbemerkt, schreibt Willemsen. Der Knacks ist das Ergebnis eines andauernden Prozesses, den wir, was vielleicht ein Glück ist, nicht in jedem Moment bewusst wahrnehmen. Roger Willemsen hat einen Essay geschrieben, der aus lauter Fragmenten besteht und doch eine hoch reflektierte Versuchsanordnung über das Leben darstellt. Er hat diesen wundersam leisen und doch überaus wirkungsmächtigen Momenten nachgespürt, mal biografisch, dann wieder anekdotisch oder nachdenklich ausschweifend, die in uns immer nur ein brüchiges Ich-Mosaik ergeben. Er stellt sich die simple und naiv wirkende Frage: Wer sind wir eigentlich mit uns? Was inszeniert unser Leben? Wenn wir uns selbst diese Fragen stellen, fällt uns in der Regel nicht viel ein, außer einigen Episoden. Oder wir verfallen in die Rasterfahndung des Psychologischen - und verlieren uns da aus den Augen.



‚Ein Leben setzt sich nicht zusammen aus stehen gelassenen Gesprächspartnern, zugeschmissenen Türen und treffenden Antworten’

Gescheiterte Ich-Projekte nennt Willemsen uns ‚Knackser’ – und schließt sich dabei stets selbst mit ein. Er diagnostiziert den Knacks nicht nur bei Individuen, sondern in der Gesamtgesellschaft. Aufregend ist das, wenn man sich darauf einlässt, sich selbst aus einer anderen, als der oft arg selbstgefälligen, der eingefahrenen Perspektive zu betrachten. Einfach um in sich hineinzuhören, den eigenen Knacksen nachzuspüren, die uns ausmachen. Jeder dieser Blickwinkel wird einen anderen Menschen zeigen - und, welch Wunder, keiner von denen bin ich wirklich. In seiner ästhetischen und eloquenten Erzählweise gelingen dem Autor immer wieder Anekdoten des Alltags, die in ihrer archetypischen Wahrheit berühren. Ein Beispiel: „Ein Vater sieht in der Verehelichung seiner Tochter sein eigenes Projekt. Doch er kennt sie nicht gut und von ihrem Innenleben, von wo ihre Weigerungen herkommen, versteht er nichts. Also bittet er sie ‚Vernunft anzunehmen’. Sie blickt auf ihren Knacks, sie blickt auf ihren Vater, der Teil ihres Knackses ist. Sie blickt in ihre mögliche Ehe, in der ihr Knacks ein Zuhause bekäme, und weiß in ihrem Leben keinen Zustand, in dem sie nicht bräche“. So wird Willemsens Buch ‚Der Knacks’ zu einer scharf beobachtenden Analyse einer vom Leben enttäuschten Gesellschaft, in der sich wohl jeder Leser an der ein oder anderen Stelle wieder erkennen wird. Der Knacks zeichnet sich für ihn – wie ein Bruch in einem Kunstwerk – dadurch aus, dass er zwar retuschiert, aber nicht rückgängig gemacht werden kann. Man ist bei der Lektüre dieses Buches fasziniert von Willemsens Beobachtungskunst, vom offenbarten Reichtum des traurig-wahren Konkreten: „ Wie oft muss ein Mund, im Schlafen oder im Wachen, enttäuscht ausgesehen haben, damit eines Tages das Gesicht bitter wird? Und was sollte man denn auch jenen Prozessen entgegensetzen, die all unseren Präzisionsanstrengungen entgegenlaufen, wenn man sagt: Irgendwann habe ich es aufgegeben, an irgendeinem Tag war es zu spät. Man wird die Schwelle vom Endgültigen übertreten haben, ohne es zu bemerken“. Roger Willemsens Knacks-Notizen gleichen dem überraschenden Weihnachtsbesuch eines uralten Freundes, der uns mit uns selbst vertraut macht.

Roger Willemsen

Roger Willemsen
Der Knacks
S. Fischer Verlag, 2008
304 Seiten – 18.90 €

Arge literarisch

Arge war die Tochter des Zeus und der Hera. Sie galt als tapfere Jägerin. Auf der Jagd nach einem Hirsch rief sie: ‚Selbst wenn der Hirsch schneller läuft als die Sonne, werde ich ihn einholen’. Den Sonnengott Helios erzürnte dieses dermaßen, dass er Arge in eine Hündin verwandelte.

„Und jetzt kamen wir nach Arge, dieser Herberge des Schreckens und des Jammers, die den Namen trägt: Hospital für Aussätzige und Arme, die aber ebenso gut Gehenna* heißen könnte“.

*(spätjüdische-neutestamentliche Bezeichung für Hölle)

(aus: William Heinesen, ‚Die gute Hoffnung’,Vandenhoeck & Reuprecht, Göttingen, 1964)

„Arbeiten 2.0 – virtuelle_Vollbeschäftigung@work“

Callcenter, Internet, Intranet, digitale Fabriken, Offshoring und Outsourcing. Ein dramatischer Wandel der Arbeitswelt. ‚Die Internetpartizipation entscheidet über die Teilhabechancen am Arbeitsmarkt’, behauptet der Soziologe Prof. Johannes Welsch. Selbst das ist bereits Illusion. Denn auch die virtuelle Arbeitswelt produziert munter Opfer. Für diese gibt es jetzt Arbeitsplatz-Simulatoren.

Von Anonymus

Arbeitslos oder Stress mit dem Chef? - Das muss nicht sein! Denn der Arbeitsspeicher in der virtuellen Arbeitswelt ist prall gefüllt: Mit dem Bagger-Simulator 2008 hat die Plackerei auf dem Bau jetzt ein Ende. Garantiert anwenderfreundlich und gelenkschonend wird solange gebaggert und rangeklotzt, bis der Computer kollabiert.

Frustrierten Stadtkindern und ewigen Landeiern verhilft der Landwirtschaftssimulator 2008 zum Traumberuf: Jeder Agrarfanatiker darf hier mit dem virtuellen Mähdrescher auf das Pixelfeld preschen. Das echte Farmer-Feeling ist da praktisch vorprogrammiert.

Hoch hinaus geht es anschließend mit dem Helicopter-Simulator. Solange dabei nur der PC abstürzt, ist für den Möchtegern-Luftikus ‚alles roger’.

Doch Vorsicht! Das Akkordklicken birgt auch Risiken: Beim Krampf im Zeigefinger droht Berufsunfähigkeit.

Alles in allem entpuppt sich aber jeder Arbeitsplatz- Simulator als wahrer Arbeitsmarkt-Stimulator. Niedriglohnvirus, Ämterspam und Zeitarbeitstrojaner werden mit einem Tastendruck in den Papierkorb verbannt. Arbeitslosigkeit kann hier nur ein schnöder Programmierfehler sein.

Und was passiert, wenn es mit dem virtuellen Job dann doch nicht klappt? Vielleicht präsentieren die Software-Schmieden nach dem Fußball-Manager 08 bald auch den Fall-Manager 09. Damit kann der arbeitslose Cyber-Worker dann seine Arbeitslosigkeit zukünftig selbst verwalten. So wird die öde Langzeitarbeitslosigkeit zu einer kurzweiligen Echtzeitstrategie.

Die Zukunft: Virtuelle Arbeitsplatz-Simulatoren statt realer Arbeit

Die Wiederentdeckung der Armen Seligkeit

Das 132 €-Märchen der TU-Chemnitz

In einer Studie behauptet Prof. Dr. Friedrich Thießen, 132 € im Monat wären genug, um zu überleben. Sein Forschungsfazit: Arbeit macht frei und Anerkennung sei wichtiger als Geld. Von Thorsten Schmitz

Experten sind jene, die es schaffen, den größtmöglichen Abstand zur gesellschaftlichen Realität herzustellen. Eifriger Beleg für diese beklagenswerte These ist eine Studie der TU-Chemnitz. Friedrich Thießen, offenbar ein stilbildender Fachmann für Geld und Moral, forscht gerne so herum, z. B. über den ‚Neid auf die Reichen in der DDR – hat der Neid den Untergang der DDR beschleunigt?'. Jetzt erweiterten er und seine Kollegen diese feine Fragestellung auf die Gesamtrepublik – und taten sich danach mit einer ganz eigenwilligen Interpretation des im Grundgesetz verankerten Sozialstaatsgebots hervor.

132 € reichen, so will Thießens neueste Studie 'Die soziale Mindestsicherung - eine Neuberechnung - buttom up' belegen, um als Empfänger des Arbeitslosengeldes II einen Monat lang über die Runden zu kommen.

Im Zentrum seiner Forschelei steht das Sinnbild der Bedürftigkeit, das Individuum ohne Individualität, der Arbeitslose nach Maß: Männlich sei dieser Mensch, mittleren Alters und deutsch. 70 Kilo Lebendgewicht, auf 170 cm verteilt, so schaut die statistische Schöpfung der TU-Chemnitz aus. Mögliche Erkrankungen und Behinderungen kreieren hier 'nicht bedarfskonforme Sonderfälle'.

Diesem Vordenker der Sozialstaatlichkeit liegt vor allem die Gesundheit der Betroffenen am Herzen. Alkohol und Tabak – hoch lebe das Klischee – gehören grundsätzlich gestrichen. Doch damit ist Thießens Entschlackungsprogramm für Körper und Kasse längst nicht ausgeschöpft. Er ist auch Innenarchitekt für Arme und tauscht z. B. in der Kategorie 'Sitzmöbel' die Couchgarnitur im Stile des Gelsenkirchener Barocks gegen die rustikalere Variante 'Stuhl einfach' für 10 Euro aus – damit das Marathonsitzen ins Thrombosetrauma endlich ein Ende nimmt. Wer es bei der vorgeschlagenen Wohnraumgröße von 20 qm mit klaustrophobischen Ängsten zu tun bekommt, wird mit einer passgenauen Bewegungstherapie aus seinem Stubenhocker-Dasein befreit.

Der Herr Professor Thießen gibt zudem wertvolle Tipps für die attraktive Freizeitgestaltung einschließlich spannender Outdoor-Aktivitäten. Mit dem 1-€-schweren Monatsbudget für Freizeit, Unterhaltung und Kultur läßt ▸

Das 132 €-Märchen

man die Amüsiermeilen und Konsumtempel gern links liegen, um der 'Freizeitgestaltung in Form von Gesprächen, Spaziergängen und Nutzung von Parks' zu frönen.

Gesellt sich zur politischen auch noch eine meteorologische Schlechtwetterlage, ist aber erstmal Heimaturlaub angesagt. Denn der Regenschirm gilt Thießen als 'snobistisches Luxusaccessoire'.

Beim Informationsaustausch ist von nun an wieder die soziale Kompetenz bei der direkten Kontaktaufnahme mit den Mitmenschen gefragt. Wenn man sich beim von Thießen verordneten Kommunikationsbudget von 2 € im Monat keinen Telefonanschluss mehr leisten kann, dürfen die frohen Botschaften gleich höchstpersönlich überbracht werden. Auf diesen obligatorischen Botengängen verliert man dann – ohne jegliches Diätprogramm – den letzten Wohlstandsspeck.

Nachrichtentechnisch von der Außenwelt abgeschnitten, kann man die Feuerwehr notfalls noch mit Rauchzeichen auf sich aufmerksam machen. Das wertvolle Löschwasser ließe sich später vielleicht noch zweckdienlich aufbereiten. Kraneberger statt Mineralwasser. Chemnitzer Synergie-Effekte eben.

Jenseits feucht-fröhlicher Gelüste offeriert der akademische Sachverstand dem Hartz-IV-Gourmet auf kulinarischem Terrain so manche Schlemmerei. Um das auf 2,26 € abgespeckte Tagespensum für den Speiseplan nicht zu überfordern, sind Flexibilität und Mobilität beim Einkauf auf den internationalen Feinkost-Märkten unabdingbar. Günstig in den naheliegenden Anbau- und Ursprungsländern erworben, werden die reichhaltigen Zutaten zu einem steten Festgelage.

(Schon heute können sich Bedürtige, insbesondere Kinder in der Wachstumsphase, nicht gesund ernähren. Diese Forschungen haben den Dr. Thießen scheinbar nicht erreicht).

Der Arbeitslose von Welt kleidet sich bei ihm ganz standesgemäß. Er hüllt sich ausschließlich in Entwürfe von 'naked poverty', die in einzigartiger Weise das schlanke Budget betonen. Die unverbindliche Preisempfehlung der Wissenschaft: Schuhe und Mantel für je 9,00 €, die Beinkleider für 7,98 €.

Unterstrichen wird die legere Natürlichkeit des Bedürftigen durch den extravaganten 'laissez-faire'-Haarschnitt, der auch ohne stundenlange Typ-Beratung beim Starfrisör zum 'Happening' mutiert. Auch der weitläufig bekannte Trend zum glattgeschorenen Langzeitarbeitslosen ist durch Kurt Becks Abtritt vom bundespolitischen Laufsteg ("Kämmen und rasieren Sie sich erstmal, dann finden Sie auch Arbeit") längst nicht zur modischen Randerscheinung verödet.

Da nun mal naturgesetzlich jeder Aufschwung zu Beginn von Tarifverhandlungen endet, sind Neiddebatten und Anspruchsdenken jetzt nicht gefragt. So verweist die Chemnitzer Studie einmal mehr auf die berühmt-berüchtigte Kassiererin bei LIDL-ALDI. Dieses Dornröschen des Arbeitsmarktes wird – wie jedermann weiß – tagtäglich durch die Anerkennung seiner gütigen Arbeitgeber wachgeküsst, wenn

'Wie süß erscheint die geordnete Ärmlichkeit angesichts der brüchigen Parallelwelten der Reichen, Prominenten und Schönen'

der TU-Chemnitz

sie nicht gerade durchsucht, von Kameras überwacht und dann rausgeworfen wird. Sie soll der Leit-Stern sein für die vielen schlechten, die faulen Armen. Ihr gilt es nachzueifern, empfiehlt die wunderliche Thießen-Studie. Nur kein neidvoller Blick auf die milliardenschweren Discounterprinzen Albrecht & Co. Keine Neid-Debatte.

Stattdessen singen wir alle das hohe Lied der Leistungsgesellschaft - jodeln geht auch -, in der eigener Wohlstand immer nur aus eigener Arbeit erwächst.

Dieses lehren uns eindringlich die Entstehung, der Verlauf und die Reparaturversuche (in) der Finanzkrise 2008. Lerne leiden, ohne zu klagen!

Alles andere grenzt in diesen Zeiten an moralische Verkommenheit – und die schadet dem Gemeinwohl. Strenge Regeln müssen her. Und sind die Regeln in der Leistungsgellschaft nicht für alle gleich? Banker, die für ihre selbstverschuldeten Schulden Staatsknete beanspruchen, leben doch nach den gleichen Regeln wie Arbeitslose, die schuldlos in Not geraten sind. Kein Zweifel, Herr Professor Thießen, beide sind, wie wir es gerade staunend erleben, gleichberechtigte Objekte des gewährleistenden Staates, völlig losgeöst von Verantwortung, Status und Notlage.

Und wenn sich Arbeitslose erdreisten, neben einer Arbeit auch noch ein auskömmliches Einkommen zu verlangen, dann brechen sie diese Regeln der Gleichbehandlung und zerstören den ökonomischen Konsens.

Selig sind die Armen, Herr Thießen. Selig auch – da dürfen sie frohlocken – die Armen im Geiste, die in bunten Gazetten Anteil nehmen am Leben derjenigen, denen nicht das Glück beschieden ist, ihr Dasein in der wohlbehüteten Chancenlosigkeit der Normal-Sterblichen zu fristen. Denn wie süß erscheint die geordnete Ärmlichkeit angesichts der brüchigen Parallelwelten der Reichen, Prominenten und Schönen. Sind sie es nicht, die keinen Blick werfen, ohne sich diesen vergolden zu lassen und dann die Habenichtse mantra-artig daran erinnern, dass Anerkennung und Beachtung viel mehr wert seien als alles Geld der Welt? Jetzt hat der Ökonom Friedrich Thießen mit seinem 132 €-Märchen ihnen dazu die Fibel geschrieben. Wir nehmen diese goldigen Mahnungen als warnende Weisung auf unserem Weg zum Glück, denn, so der römische Philosoph Seneca (4 v. Chr. – 65 n. Chr.): "Arm ist nur der, welcher mehr erstrebt. Eine schöne Sache ist die fröhliche Armut". ■

reichMACHTarm

Vorschläge zur Grundgesetzänderung

Unser Autor findet, die Verfassung Deutschlands sollte in Teilen neu geschrieben werden, um sie (insbesondere nach der Finanzkrise 2008) den realen Erfordernissen anzupassen. Wir lassen das Grundgesetz auf der Bank der ökonomischen Realität Platz nehmen. Von Tyll Zwinkmann

Die bis heute gültigen Grundrechte-Artikel § 14 und 15 (Kasten unten) stehen den weltweit anerkannten ökonomischen Gesetzmäßigkeiten eines notwendig ungehemmten Wachstums, einer umfassenden Globalisierung und eines frei-entfesselten Marktes diametral entgegen. Um die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit Deutschlands dauerhaft zu sichern, müssen die alten Verfassungselemente eliminiert werden. Den verfassungsgebenden Institutionen des Landes werden dazu die folgenden konkreten Gesetzestexte zur Verabschiedung vorgelegt:

Der Grundgesetz Artikel 14 (neu)

1. Das Eigentum und das Erbrecht von Vermögenden werden gewährleistet.
2. Die Erbschaftssteuern garantieren das unbeschränkte Anwachsen individueller Vermögen.
3. Die staatliche Sicherung unbegrenzter Vermögensakkumulation wird Inhalt der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes.
4. Die staatlich geförderte soziale Ungleichheit wird garantiert.
5. Die allumfassende staatliche Reichtumspflege wird gewährleistet.
6. Eine Enteignung zum Wohle der Algemeinheit ist unzulässig.
7. Individueller Reichtum als Motor gesellschaftlicher Prosperität wird Leitidee gesamtstaatlichen Handelns.
8. Alle staatlichen Maßnahmen garantieren und fördern das notwendige geregelte Auseinanderdriften der Gesellschaft in Arme und Reiche.
9. Gesetzliche oder staatliche Schranken für die Durchsetzung der Art. 1- 8 wird es nicht geben.

Der Autor wehrt sich, angesichts des globalen Existenzkampfes um Märkte und Monopole, gegen das fortschrittsfeindliche Denken von Rechtsgelehrten, wie es der ehemalige Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Bockenförde vertritt, der sich 1995 zu diesem unglaublichen Votum verstieg: „Die Sicherung unbegrenzter Vermögensakkumulation ist nicht Inhalt der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes. Die soziale Ungleichheit darf ein gewisses Maß nicht überschreiten, sonst geht sie in Unfreiheit über“.

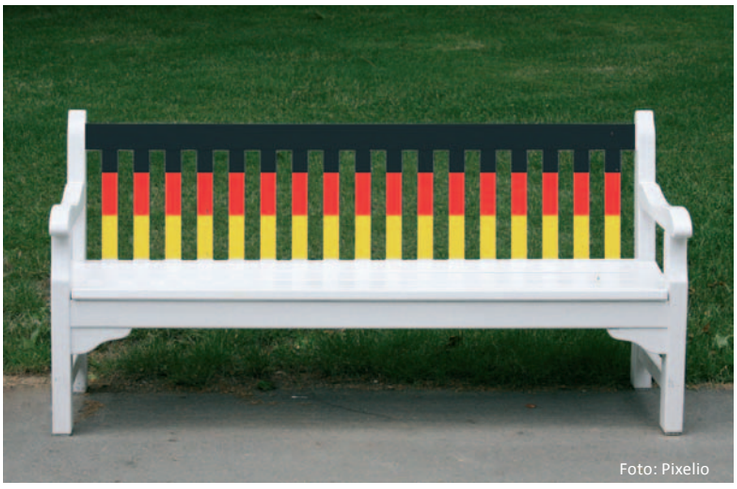


Foto: Pixelio

Ich verweise hingegen darauf, dass Armut und Reichtum seit jeher korrespondierende Kategorien sind. Arm und Reich – das ist ein heilsgeschichtliches Geschäft auf Gegenseitigkeit: Der Arme ist auf den Reichen angewiesen, um seine irdische Existenz zu fristen. Der Reiche aber ist auf den Armen angewiesen, weil er nur durch karikative Tätigkeit sein Seelenheil erlangen kann. Und genau dahin zielt diese Initiative. Nur das karikative Wollen der Wohlhabenden soll künftig das Maß der allgemeinen Armut bestimmen, nichts anderes. Leider ist es bis heute so, dass von den 5 Billionen € Vermögen in Deutschland, nur die Hälfte einem Zehntel der Bevölkerung gehört. Wenn dieses Land eine Zukunft haben will, muss sich das radikal ändern.

Grundgesetz Artikel 14 (alt)

1. Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.
2. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
3. Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.

Grundgesetz Artikel 15 (alt)

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung ……. in Gemeineigentum… überführt werden.

„Rechtsstaat und Demokratie raussparen“

Die Begrenzung der Prozesskostenhilfe droht

Die Prozesskostenhilfe, PKH, soll beschränkt werden. Von der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat vorgelegt, im Bundestag beraten, würde dieser Gesetzentwurf die Weichen stellen für einen deutschen 2-Klassen-Rechtsstaat. Von Tyll Zwinkmann

Die CDU/CSU-Fraktion gibt vor, die Gesellschaft müsse vor Rechtsmissbrauch und Prozesshanseln geschützt werden. Die Christen-Union behauptet, so könne die Justiz künftig 100 Millionen € einsparen. Wilfried Hamm, Vorsitzender der ‚Neuen Richtervereinigung’, dem kritischen Verbund von Richtern und Staatsanwälten in Deutschland, hält solche Argumente für vollkommen abwegig, das Gesetz für verfassungswidrig und den Sparansatz für dilettantisch durchgerechnet. „Denn“, so Hamm im Sperre-Gespräch, „da die Sozialgerichte in den Ländern aus Kostengründen bereits jetzt personell massiv unterbesetzt sind, sollen nun rechtsstaatliche Standards beschränkt werden. Doch Rechtsmittel dienen der Korrektur richterlicher Fehler. Wer Rechtsmittel beschränkt, beschränkt den Rechtsstaat und erschwert zugleich den Zugang Bedürftiger zu den Gerichten“.

PKH ist heute in erster Linie Familienhilfe. Derzeit entfallen rund 75% der gesamten PKH-Kosten auf diesen Bereich. Hamm: „Es geht um das Sorgerecht, um Unterhalt, um Versorgungsausgleich, oft um hohe Streitwerte. Das geht nicht ohne Anwalt und Gerichte“.

Betroffen sind Familien, die zuvor in normalen Verhältnissen lebten, die plötzlich auseinander brechen und in große Not geraten. Diese Menschen sind auf eine funktionierende PKH angewiesen.

Dennoch meint der CDU-Rechtsexperte Jürgen Gheb, ein ehemaliger Verwaltungsrichter, solche Bürger würden aus reiner ‚Streitlust’ oder sogar ‚rechtsmissbräuchlich’ vor die Gerichte ziehen und den Steuerzahler belasten. Gheb stellt Bedürftige in die Nähe des Schmarotzertums. Hamm empört: „Wenn Gheb das aus politischem, aus zynischem Populismus erzählt, läuft es mir kalt den Rücken runter.“ Schon heute gibt es hohe Hürden für Rechtsberatung und PKH. Richter fragen nach der Bedürftigkeit, prüfen, ob hinreichende Erfolgsaussichten bestehen. Sie dürfen aber vorher nicht so intensiv prüfen, entschied das Bundesverfassungsgericht, wie im späteren Verfahren.

Nun soll künftig die PKH-Bedürftigkeitsgrenze für Alleinstehende auf 650 € abgesenkt werden. Dann erhalten nur noch Sozialhilfe- und Hartz-IV-Empfänger den Zuschuss. Wer mehr Einkünfte hat, aber als bedürftig gilt, bekommt PKH als zinslosen Kredit, der über Jahre in Raten komplett zurückgeführt werden muss. Neu auch: Wer im Prozess obsiegt, muss vorrangig die PKH ausgleichen, auch wenn sein Einkommen dadurch auf ALG-II-Niveau absackt.

Für Streitigkeiten unter 100 € würde keine PKH mehr gewährt. Die Gewerkschaft Verdi sieht somit die Rechtswegegarantie ausgehebelt, Richter Hamm gar den freien Zugang zu den Gerichten für ärmere Bevölkerungsschichten verstellt.

Eine weitere geplante Begrenzung: Ausschließlich in Sozialgerichtsverfahren sollen künftig Antragsteller ihr Beschwerderecht gegen Gerichtsentscheidungen verlieren, mit denen die Bewilligung von PKH mangels Bedürftigkeit abgelehnt wurde.

Wilfried Hamm: „Im politischen Alltag liegt es im Mainstream, im sozialen Bereich immer neue Abstriche herbeizuführen. Doch will ich Recht erlangen, etwa im Familienstreit, muss mir der Zugang zu den Gerichten doch überhaupt erst möglich sein. Europaweit gibt Deutschland heute weniger Geld für des Bürgers Rechtsschutz aus, als Albanien, nämlich 53 € pro Jahr. Auf diese Art werden Demokratie und Rechtsstaat ▸

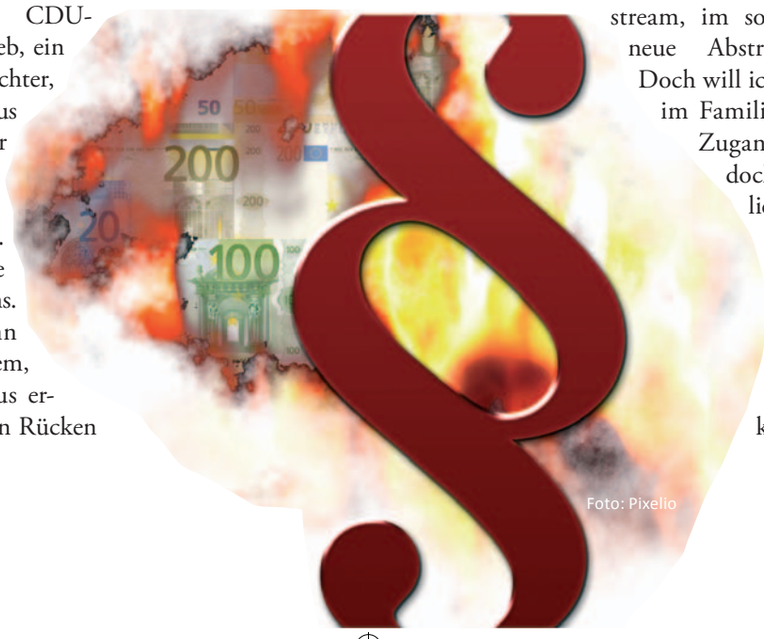
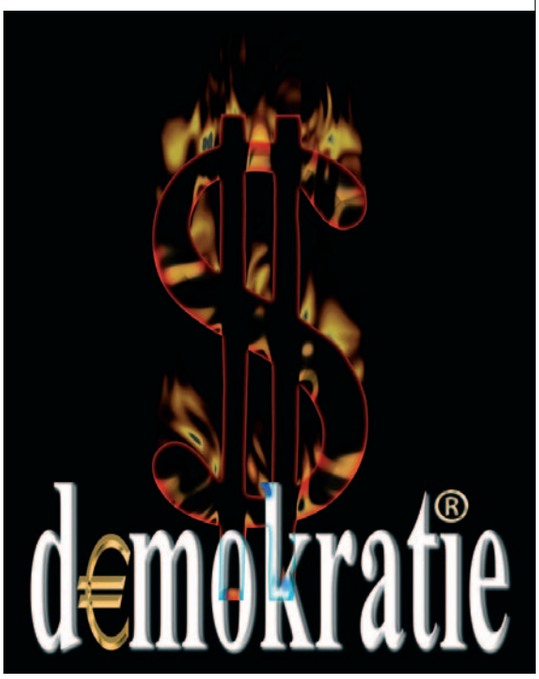


Foto: Pixelio



doch irgendwann rausgespart". Der 59-jährige Sprecher der Neuen Richtervereinigung erinnert dabei erzürnt an das Sozialstaatsprinzip: „Das kennt ja schon keiner mehr, das scheint gestrichen. Doch bringt dieses Prinzip in der Demokratie doch gerade zum Ausdruck: Der sozial Schwache muss in einer Gemeinschaft von der starken Mehrheit getragen und darf nicht niedergedrückt werden".

Für die SPD Münster scheint das neue Prozesskostenhilfe-Gesetz quasi schon vom Tisch zu sein. Eine Anfrage der Sperre beschied das Büro von Christoph Strässer mit dieser Antwort: „Beim PKH-Gesetz handelt es sich um einen Gesetzentwurf des Bundesrates vom Juni 2006. Am 10.5.2007 gab es eine erste Beratung des Bundestages dazu. Der Gesetzentwurf des Bundesrates, inklusive einer Stellungnahme der Bundesregierung (Drucksache 16/1994), wurde dann an den Rechtsausschuss überwiesen. Am 14.11.2007 hat es eine öffentliche Anhörung gegeben. Das Gesetz ist also keineswegs beschlossen und wird es wohl auch nicht werden, zumindest nicht in der gegenwärtigen Form. Schließlich kritisiert auch die Bundesregierung den Entwurf in zentralen Punkten." Richter Hamm nennt es ‚immerhin ehrlich', den geplanten Entwurf ‚Gesetz zur Begrenzung der PKH' zu nennen und eben nicht ‚Reform'.

„Bestimmt ist Deutschland ein Rechtsstaat - wenn man genug Zeit und Geld hat, sein Recht zu suchen"

Bernd Lunkewitz (Ex-Maoist, Immobilien-Händler, Ex-Eigentümer des Aufbau-Verlages, nach seinem jahrelangem Rechtsstreit um das Unternehmen)

Lichtjahre entfernt von der Rechtsunsicherheit, die Millionen Bundesbürgern drohen könnte, zeigt sich dagegen Jürgen Gheb von der CDU/CSU und gibt gequirlt den populistisch-zynischen Stammtischbruder:

„Früher in der DDR, da wurde munter geheizt, weil die Kosten ohnehin übernommen wurden. Auch das hat man heute bei Hartz-IV-Wohnungen – also von daher ist es ein heilsamer Druck, dass man die Prozesskostenhilfe sinnvoller und nicht mehr ungeprüft zahlen will".

Immerhin: Bislang bleibt dieser Entwurf in der Berliner Großkoalition aus CDU/CSU und SPD weiterhin umstritten – und ist deshalb noch kein geltendes Recht. Gewinnen CDU/CSU und FDP die kommende Bundestagswahl, könnte das freilich ganz anders aussehen. ■

Urteile & Tipps

Die Hartz-IV-Regelsätze sind mit der Menschenwürde unvereinbar,

decken nicht das soziokulturelle Existenzminimum von Familien und verstoßen so gegen das Grundgesetz. Dies stellte das Hessische Landessozialgericht (HSG) in Darmstadt in einem Ende Oktober veröffentlichten Urteil fest.

Nach mündlicher Verhandlung beschloss der 6. HSG-Senat ein entsprechendes Verfahren dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen.

Geklagt hatte eine Familie aus dem Werra-Meißner-Kreis, die als Bedarfsgemeinschaft ALG-II bezieht. Für die Eltern wurde jeweils der Regelsatz in Höhe von 311 € bewilligt, für die 1994 geborene Tochter der Satz von 207 €. Nach Ansicht der Kläger ist damit ihr minimaler Bedarf nicht gedeckt. Mit ihrem Antrag auf weitere 133 € für jedes Elternteil und 89 € für die Tochter, blieben sie zuvor im Verwaltungsverfahren sowie vor dem Sozialgericht erfolglos.

Nachdem vier Gutachten zur Bedarfsbemessung eingeholt worden waren, beanstandeten die Darmstädter Richter, dass der besondere Bedarf von Familien mit Kindern durch die Regelleistungen nicht berücksichtigt werde. Für die Begrenzung der Leistung für Kinder auf 60% des Regelsatzes eines Erwachsenen fehle es an einer hinreichenden Begründung. Nicht ersichtlich sei auch, weshalb 14-jährige Kinder trotz höheren Bedarfs die gleiche Summe erhielten wie Neugeborene.

Das Bundesverfassungsgericht habe bereits 1998 bei der Prüfung der Steuerfreibeträge den damals geltenden Regelsatz für Kinder beanstandet, weil dieser den außerschulischen Bildungsbedarf nicht berücksichtige. Diese höchstrichterliche Entscheidung sei bei der Hartz-IV-Gesetzgebung nicht beachtet worden, kritisierte das HSG. Die Regelsätze seien weder mit der Menschenwürde noch mit dem Gleichheitsgebot in einem sozialen Rechtsstaat vereinbar.

(Aktenzeichen: L 6 AS 336/07 – 29.10.2008)

Widersprüche gegen Sanktions-Bescheide der Arge sind überdurchschnittlich erfolgreich. Zur Anregung für Betroffene bringen wir ein paar Rechtstipps zu Sanktionen. Alle hier genannten Urteile und auch die zu anderen Themen, sind ausführlich nachzulesen in der ‚Entscheidungsdatenbank' bei www.tacheles-sozialhilfe.de.

Sanktion darf nicht lange auf sich warten lassen

Will die Hartz-IV-Behörde eine Kürzung wegen eines nicht arbeitsmarktgerechten Verhaltens verhängen, dann darf sie damit nicht lange warten. Es ist schon zweifelhaft, wenn der Hartz-IV-Bezieher erst drei Wochen nach Abbruch einer Maßnahme angehört wird. Die Behörde hat aber auf jeden Fall keine rechtliche Grundlage, eine Kürzung erst nach drei Monaten zu verhängen. Ein Widerspruch hat damit aufschiebende Wirkung, denn es bestehen grundlegende Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Kürzung.

Sozialgericht Oldenburg, S 46 AS 1423/08 ER vom 01.08.08

Kürzung wegen Abbruch einer Maßnahme

Wenn wichtige Gründe vorliegen, darf ein 1-€-Job abgebrochen werden. Wenn der Arbeitssuchenden ein Minijob angeboten wird mit der Aussicht auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, liegt ein solcher wichtiger Grund vor. Auch wenn innerhalb der Maßnahme gravierende Unstimmigkeiten mit Kollegen und Vorgesetzten auftreten, die eine nachweisbare seelische Erkrankung zu verschlimmern drohen, darf die Maßnahme abgebrochen werden.

Verwaltungsgericht Bremen, S 3 V 1605/08 vom 12.06.08

Keine Kürzung wegen Ablehnung einer Maßnahme

Ohne eine ausdrückliche Rechtsfolgenbelehrung vor Beginn einer konkreten Maßnahme darf keine Kürzung verhängt werden. Die allgemeine Rechtsfolgenbelehrung in der Eingliederungsvereinbarung reicht dazu nicht aus.

Sozialgericht Lüneburg, S 25 AS 325/08 ER vom 18.03.08

Wichtiger Grund spricht gegen eine Kürzung

Von einer Kürzung kann abgesehen werden, wenn es für das zu bestrafende Verhalten einen sogenannten wichtigen Grund gibt. Als wichtiger Grund sind alle Umstände des Einzelfalls anzusehen, die unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen des Hilfebedürftigen in Abwägung mit etwa entgegenstehenden Belangen der Allgemeinheit das Verhalten des Hilfebedürftigen rechtfertigen. Persönliche, insbesondere familiäre oder gesundheitliche Gründe stehen im Vordergrund. Eine psychische Erkrankung in Form einer Depression kann einen wichtigen Grund darstellen, der die unzureichende Erfüllung von Bewerbungsauflagen rechtfertigt.

SG Berlin - S 26 AS 8021/08 ER, 28.03.08

Nicht zugegangene Bescheide, Prozesskostenhilfe

Wenn es strittig ist, ob ein Bescheid tatsächlich mit der Post zugegangen ist, dann hat im Zweifel die Behörde den Zugang zu beweisen. Die Entscheidung über die Bewilligung von Prozesskostenhilfe muss in jedem Fall deutlich vor der Entscheidung im Hauptverfahren gefällt worden sein, um wenig bemittelten den Zugang zum Gericht zu ermöglichen.

Hessisches Landessozialgericht, L 6 B 102/08 AS vom 20.06.08

Urlaub vom Studium und Alg II

Ein vom Studium beurlaubter Student hat Anspruch auf Alg-II, wenn und solange der Student von der Ausbildungsstätte beurlaubt ist. Der Grund der Beurlaubung ist unerheblich.

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg, L 25 B 146/08 AS ER vom 05.02.08

Bewerbungskostenantrag und Reisekosten für Vorstellungsgespräch

Der Grundantrag auf Erstattung von Bewerbungs- oder Reisekosten umfasst auch die jeweils andere, nicht ausdrücklich beantragte unterstützende Leistung der Beratung und Vermittlung.

SG Augsburg - S 7 AL 327/05 vom 12.03.08

Im Härtefall Hartz IV während der Ausbildung

Nur im Härtefall (und nur als Darlehn) kann der Bezug von Hartz-IV-Leistungen während

einer Ausbildung gerechtfertigt sein. Ein solcher Härtefall kann für einen jungen Straffälligen darin liegen, dass er von seinem straffälligen Verhalten deutlich Abstand gewonnen und seine Ausbildung wieder aufgenommen hat sowie dass der Ausbildungsabschluss erkennbar und nicht fern ist.

SG Berlin - S 104 AS 23829/07 ER vom 12.11.07

Keine Rückforderung bei Vertrauen auf Bescheid

Das Vertrauen auf eine Sozialleistung kann ein Grund sein, warum eine Rückforderung zuviel gezahlter Leistungen nicht erlaubt ist. Der Leistungsempfänger darf aber nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt haben. Hier wird ein subjektiver Fahrlässigkeitsbegriff zu Grunde gelegt. Der Hilfebedürftige muss auf Grund einfachster und ganz nahe liegender Überlegungen erkennen, dass ihm Leistungen zu Unrecht gewährt wurden.

SG Ulm - S 11 AS 4823/06 vom 29.08.07

Alg II und gemeinsames Erbe mit Elternwohnrecht

Übertragen die Eltern einem Alg-II-Bezieher gemeinsam mit seinen Geschwistern ihr Haus unter der Bedingung ihres lebenslangen Wohnrechts, dann ist dieses Vermögen nicht verwertbar, auch nicht im Rahmen von Hartz-IV. Der Ausschluss der Verwertung durch die Eltern ist auch nicht sittenwidrig. Die Behörde darf nicht mit Verweis auf dieses Vermögen Alg-II verweigern oder nur als Darlehen gewähren.

LSG NRW - L 7 (12) AS 8/07 vom 30.08.07

Kinderzuschlag und Mietkosten

Wenn die Hartz-IV-Behörde die Miete bislang nicht als unangemessen hoch bezeichnet und nicht zur Senkung der Unterkunftskosten aufgefordert hat, dann ist auch der Kinderzuschlag bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit anhand der tatsächlichen Mietkosten zu berechnen.

SG Münster - S 3 KG 19/06 vom 19.12.07

Verwertungsausschluss für Lebensversicherung

Hat ein Hilfebedürftiger vor seinem Hartz-IV-Antrag den vom Gesetzgeber vorgesehenen Verwertungsausschluss für seine Lebensversicherung mit dem Versicherer vereinbart, dann darf die Hartz-IV-Behörde nicht unterstellen, er habe sich mutwillig bedürftig gemacht, und darum den Antrag ablehnen.

Sozialgericht Münster S 16 AS 26/05 ER vom 11.04.05

Beratungshilfe

Die Einholung von Auskünften und die Beratung durch die Hartz-IV-Behörde über die Erfolgsaussichten und die Begründung eines Widerspruches gegen einen Ablehnungsbescheid sind dem Antragsteller unzumutbar. In diesem Fall verspricht eine kostenfreie Hilfe durch die ARGE keine gleichwertige Hilfe gegenüber der Kosten verursachenden, anwaltlichen Beratungshilfe.

AG Dillenburg - 10 UR II 238/06 vom 25.09.06

Rechtsschutzversicherung

Schließt eine Rechtsschutzversicherung in den Vertragsbedingungen das Rechtsgebiet Sozialhilfe aus, dann erstreckt sich der Ausschluss nicht auf den Bereich SGB II, also Hartz IV. Für Streitigkeiten in diesem Rechtsgebiet kann sie sich nicht auf die Ausschlussklausel im Vertrag berufen.

AG Hannover - 519 C 4354/07 vom 05.07.07

Post-Mindestlohn ist gültig

Der Tariflohn der angeblichen ‚Gewerkschaft der neuen Brief- und Zustelldienste' hat keine rechtliche Grundlage. Diese sogenannte Gewerkschaft ist keine und ist darum nicht tarifvertragsfähig, denn sie wurde von den großen Arbeitgebern der Branche gegründet. Ihr Vorstand ist personell mit ihnen verflochten, und die Satzung begründet Zweifel an der Unabhängigkeit. Arbeitnehmer der Betriebe haben auf dieser Grundlage einen Anspruch auf die höheren Post-Mindestlöhne.

Arbeitsgericht Köln, 14 BV 324/08 vom 30.10.08

Hartz IV-Amt darf die Mietkaution nicht verrechnen

Beantragen Bezieher von Arbeitslosengeld II (Hartz IV) bei einem Umzug ein Darlehen für die Mietkaution, dann müssen sie oftmals – auch in Münster – auf zweierlei Weise die vorgestreckte Kaution für die Arge sichern. Einerseits wird im Darlehensvertrag die Rückzahlung der Kaution durch den Vermieter an die Arge abgetreten. Zweitens muss der Arbeitssuchende eine Vereinbarung unterzeichnen, dass er monatlich auf einen Teil der Hartz-IV-Leistung verzichtet, um damit die Kaution in Raten zu tilgen.

Diese zwei Forderungen machen das Dreiecksverhältnis einigermaßen unklar: Wer soll beim Ende des Mietvertrages klären, was zwischen den einzelnen Parteien noch offen ist und wohin wie viel von der Kautionsrückzahlung geht. Insbesondere dann, wenn die Ratenhöhe nicht gleich bleibt.

Noch problematischer ist, dass das Kautionsdarlehen in Raten aus dem Abzug vom Regelsatz getilgt werden soll. Das darf laut Gesetz nicht sein, und die Gerichte greifen hier ein, beispielsweise die Landessozialgerichte Hessen (Az. L 6 AS 145/07 ER) und Baden-Württemberg (Az. L 13 AS 3108/06 ER). Die Richter sagen, der Regelbedarf für den Lebensunterhalt darf nicht für Wohnungskosten gekürzt werden. Sie zweifeln auch die Praxis der Hartz IV-Behörden an, sich mit ei-

Übungsleiterpauschale

Wird ein Einkommen als Aufwandsentschädigung für bestimmte gemeinnützige und ähnliche Tätigkeiten gezahlt, dann können Finanzamt oder Arbeitslosenamt damit lockerer umgehen als mit anderen Einkommen. Die berühmteste der Sonderregeln heißt Übungsleiterpauschale. Sie ist im Einkommenssteuergesetz (EStG) § 3 Nr. 26 und in den Lohnsteuerrichtlinien 2002, Abschnitt 17 geregelt. Das Arbeitslosenrecht nimmt Bezug darauf.

Für welche Tätigkeiten?

Die unter der Bezeichnung „Übungsleiterpauschale" bekannte Vergünstigung kommt für folgende Tätigkeiten infrage:

- Übungsleiter, Ausbilder, Erzieher, Betreuer oder „vergleichbare Tätigkeiten",
- künstlerische Tätigkeiten sowie
- die Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen.

Die Beschreibung der Arbeiten wird eng ausgelegt. Bei den pädagogischen oder pflegenden Tätigkeiten zählen nur die mit direktem Kontakt zu den „betreuten" Menschen, nicht aber wenn zum Beispiel der Gerätewart im Sportverein künstlerisch tätig ist. Der Schauspieler übt eine künstlerische Tätigkeit aus, nicht aber der Haustechniker im Theater.

Nicht jeder Arbeitgeber

Steuerbefreit ist die Arbeit nur bei einer gemeinnützigen, kirchlichen, mildtätigen oder staatlichen Körperschaft. Die Aerobic-Trainerin in einem gemeinnützigen Sportverein oder bei der Volkshochschule ist begünstigt, nicht aber in einem gewerblichen Fitnesscenter.

Welchen Umfang darf die steuerbefreite Tätigkeit haben?

Steuerbefreit ist nur nebenberufliches Schaffen, d.h. zeitlich ist es bis zu einem Drittel einer Vollzeittätigkeit definiert. Finanziell ist der Umfang viel geringer: Bis zu 2.100 € jährlich können steuerfrei dazuverdient werden, und zwar ist es egal, ob nur in vier Monaten des Jahres oder in allen zwölf Monaten. Jobs bei verschiedenen Auftraggebern werden zusammengezählt.

Übungsleiterpauschale im Arbeitslosenrecht

Das Arbeitslosenrecht übernimmt diese Regeln, es ist nur nicht immer ganz klar.

Das Feld befreiter Tätigkeiten ist aus dem Steuerrecht übernommen, es gilt also für pädagogisch Tätige, Künstler und Pflegekräfte bei gemeinnützigen, öffentlichen, mildtätigen oder kirchlichen Einrichtungen. Beim Arbeitslosengeld gilt: Ab 15 Stunden Arbeit pro Woche ist man nicht mehr arbeitslos, das Arbeitslosengeld fällt dann ganz weg. Für nebenberufliche Übungsleitertätigkeiten dürfte das auch gelten. 2.100 Euro pro Jahr sind anrechnungsfreie Einkommen wie im Steuerrecht (§ 141 SGB III, DA Rz 141.54). Bei Hartz IV (Arbeitslosengeld II, Alg II) fehlt die zeitliche Grenze. Die Aufwandsentschädigung gilt als Einnahme, die anderen Zwecken dient als das Alg II. (§ 11 Abs.3 Nr.1a SGB II; § 1 Abs. 1 Nr. 2 Alg II VO; Hinweise zu § 11 Rz 11.36) Allerdings gibt es eine Regel, dass die Einnahme nicht über den halben Regelsatz (=175,50 € monatlich) hinausgehen soll. Wer also die 2.100 € gleichmäßig auf 12 Monate aufteilt mit je 175 €, kommt gerade an diese Grenze heran.

Mehr als 2.100 Euro bzw. 175 Euro?

Übersteigt die Aufwandsentschädigung die finanzielle Grenze der Übungsleiterpauschale, dann wird das übersteigende Einkommen nach den üblichen Regeln versteuert, beispielsweise als Minijob oder mit Steuerkarte oder auch als selbständiges Honorar. In der Arbeitslosenunterstützung wird nur das übersteigende Einkommen angerechnet, diese mit den normalen Freibeträgen. Wer die Übungsleiterpauschale in Anspruch nimmt, hat also letztlich einen zusätzlichen Freibetrag von 175 € monatlich.

Was die Belege wiedergeben sollen

Damit die zuständigen Behörden die Aufwandsentschädigungen als Übungsleiterpauschale werten, sollte aus den Belegen für die Einnahme hervorgehen, dass die Tätigkeit

- zu den geförderten gehört (pädagogisch, künstlerisch oder pflegend),
- bei einem steuerlich begünstigten Träger,
- im Umfang nebenberuflich,
- unterhalb der finanziellen Grenzen von 2100 € jährlich bzw. 175 € monatlich geleistet wird.

Belege für den Nachweis im Amt sollten die Bezeichnung ‚Aufwandsentschädigung nach § 3 Nr. 26 EStG' vorweisen.

Aufwandsentschädigungen für das Ehrenamt

Seit einem Jahr werden mit § 3 Nr. 26a EStG weitere Aufwandsentschädigungen fürs Ehrenamt steuerlich honoriert. Diese betreffen die gleichen gemeinnützigen Träger wie bei der Übungsleiterpauschale. Die jährliche Summe liegt bei maximal 500 Euro. Mit diesem Freibetrag sind Tätigkeiten begünstigt, die nicht direkt betreuend, erziehend oder künstlerisch sind. Davon haben der Vereinskassierer, der Beleuchter im Theater oder der Fahrer von Essen auf Rädern einen Vorteil. Die für die Ämter benötigten Belege sollten so aussehen, wie oben bei der Übungsleiterpauschale beschrieben.

Weitere Aufwandsentschädigungen mit Sonderregeln

Für Aufwandsentschädigungen von Ehrenamtlichen im Katastrophenschutz, von RatsvertreterInnen in Kommunalparlamenten und von Tagesmüttern gibt es weitere Freibetragsregelungen. Fragen Sie einen Arbeitslosenberater Ihres Vertrauens.

Die Mietkaution darf nicht in Raten vom Regelbedarf abgezogen werden

nem Einzelvertrag die ratenweise Rückzahlung aus dem Regelbedarf zu verschaffen. Wenn die Behörde trotzdem auf die Zahlungspflicht aus dem Vertrag verweist, setzen die Richter ihr eine klare Grenze: Wer der Rückzahlungsvereinbarung nachträglich widersprochen hat, für den fehlt in jedem Fall die rechtliche Grundlage für die fortlaufende Kürzung der Hartz IV-Leistung.

Kautionsdarlehen dürfen also nach gängiger Rechtsprechung nicht in Raten vom Regelbedarf abgezogen werden. Das hindert Behörden nicht, so weiter zu machen, auch in Münster.

Auch aus der reinen Lebenserfahrung sollten sich die Hartz-IV-Behörden vor Augen halten, in welcher finanziellen Lage einer steckt, der gerade umzieht. Ihm entstehen vielfältige Kosten für Anschaffungen, Einrichtungen, Verschönerungsarbeiten und so weiter. Oft ist gerade die finanzielle Bedürftigkeit schon der Auslöser für den Umzug in die neue, billigere Wohnung. Die Hartz-IV-Behörde muss schon eine besondere Fantasie entwickeln, wenn sie Spielräume für eine zusätzliche Ratenverpflichtung sieht.

Wenn Hartz IV-Empfänger ihren Regelbedarf in voller Höhe erhalten wollen, müssen sie von der Hartz-IV-Behörde fordern, dass die Raten nicht mehr abgezogen werden. Wenn die Behörde darauf nicht eingeht, lohnt sich in jedem Fall der Gang vor das Gericht.

Die unheimliche Krücke

UNSER ALLER GESUNDHEITSSYSTEM

Diese Gesundheitsreform ist schon jetzt ein reparaturbedürftiger Torso. Einzelne Kassen werden ihren künftigen Finanzbedarf nicht decken können. Die Kassenprämien steigen weiter, statt - wie verkündet - zu sinken. Private Zusatzbeiträge könnten den sozialen Charakter der gesetzlichen Krankenversicherung vollends zerstören. Auch diese ‚Reform' werden sich immer weniger Menschen leisten können. Hauptleidtragende - wie seit Beginn der Agenda 2010 - sind Millionen von Geringverdienern. Eine Bestandsaufnahme.

Von Anonymus

Viele gesetzlich Versicherte sind seit Jahren durch eine Unzahl sogenannter Reformen vor allem eins: verunsichert. Doch welche Folgen - insbesondere für die einkommensschwache Bevölkerung - hat die Gesundheitsreform des Jahres 2004? Auf welche Belastungen müssen sich Erwerbslose durch den im nächsten Jahr startenden Gesundheitsfonds gefasst machen? Eine Antwort darauf findet sich jedenfalls nicht in den vollmundigen Versprechungen hochdotierter Gesundheitsexperten und vor allem nicht in den Hochglanzbroschüren der Versicherungswirtschaft, die hier neue Geschäftsfelder wittert.

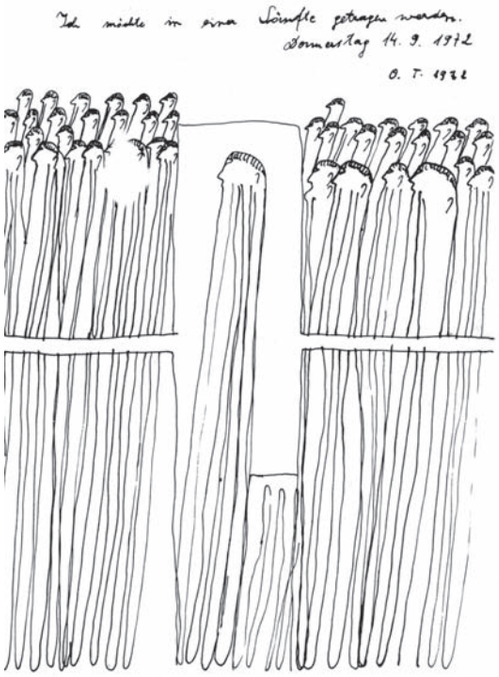
Im Zuge der Umsetzung der Agenda 2010 einigten sich Regierung und Opposition (SPD/Grüne und CDU/CSU, FDP auf das ‚Gesetz zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung' (GKV). Ziel war es, den durchschnittlichen Prämiensatz auf 13 % zu senken, was sich als eine vollkommene Fehlkalkulation entpuppte. Denn lag der durchschnittliche Beitragssatz vor dieser Reform noch bei 14,3 %, wird er nun im Jahr 2009 einen Sprung auf über 15,5 % machen. Auch in Bezug auf die avisierte Senkung der Lohnnebenkosten ist die Reform – zur Enttäuschung vieler Versicherter – gescheitert. In der Wahrnehmung vieler Bürger haben ‚soziale Kälte', Entsolidarisierung und ‚Mehrklassengesellschaft' auch in das Gesundheitssystem Einzug gehalten, was in harten Fakten seine Bestätigung findet.

So sind ‚Praxisgebühren' und erhöhte Zuzahlungen für Medikamente – als Stärkung der ‚Eigenverantwortung' deklariert – zu scheinbar selbstverständlichen Begleitern des Gesundheitssystems geworden. Die Politik versprach, die finanzielle Belastbarkeit des einzelnen zu berücksichtigen. Seitdem findet die 2 %-Regelung im Bereich der Zuzahlungen Anwendung. So muss jeder Versicherte maximal 2 % seines Bruttoeinkommens für Praxisgebühren und Zuzahlungen aufwenden. Von darüber hinausgehenden Eigenbeteiligungen wird er dann befreit.

Da aber die einzelnen Eigenbeteiligungen bei vom Arzt verordneten Medikamenten pauschal auf 5 - 10 € und bei der Praxisgebühr pauschal auf 10 € festgesetzt wurden, findet das Einkommen des Versicherten zunächst keine Berücksichtigung. Die vorgesehene Maximalbelastungsgrenze wird von Einkommensschwachen so natürlich mit großer Wahrscheinlichkeit im Laufe eines Jahres erreicht. Besserverdienende, die sich noch nicht in die private Krankenversicherung verabschiedet haben, wenden hingegen für Praxisgebühr und Co. nur einen kaum merklichen Teil ihres Einkommens auf.

Mit diesen trickreichen Regelungen konnte zwar ein noch rasanteres Anwachsen des Krankenversicherungsbeitrages verhindert werden. Demgegenüber schafft der durch die zahlreichen Eigenbeteiligungen entstandene ‚zweite Kassenbeitrag' jedoch zusätzliche Belastungen, die aufgrund der mangelnden Berücksichtigung der individuellen Einkommenshöhe Geringverdiener und Arbeitslose finanziell überproportional treffen.

Betrachtenswert sind auch diejenigen Leistungen, die im Zuge der Reformen einfach aus dem Leistungskatalog gestrichen wurden. Kosten für rezeptfreie Medikamente, die meist alles andere als „lifestyle"-Präparate sind, dürfen von den Kassen nicht mehr erstattet werden. Dass auch die Fahrtkosten der Patienten nicht mehr übernommen werden, trifft vor allem Kranke, die im ländlichen Raum wohnen und bei Facharztbesuchen stets auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind. Selbst Sehhilfen, auf die Fehlsichtige



‚Ich möchte in einer Sänfte getragen werden'.
Oswald Tschirtner (1972)

Deutsches Erfolgsmodell: die Gesundheitsreform

unbedingt angewiesen sind sowie viele Leistungen des Zahnarztes zahlen die Patienten ungeachtet ihrer Einkommenshöhe aus der eigenen Tasche.

All diese auf die Versicherten abgewälzten Kosten unterliegen keiner Belastungsgrenze. Wer zum Arzt fahren muss oder eine Brille braucht, muss also – gerade wenn er arm ist – einen weitaus größeren Teil seines Einkommens für seine Gesunderhaltung aufwenden als ein Einkommensstarker. Wer dies nicht kann, wird von wesentlichen Bereichen der Gesundheitsleistungen ausgeschlossen. Das dieses mit einer schlimmen Perspektive für deren Entwicklung vor allem Kinder trifft ist seltsamerweise selten Teil der politischen Diskussion.

Die fortschreitende Privatisierung der Gesundheitsrisiken entlastet die Arbeitgeber, die ganz früher einmal paritätisch wie die Arbeitnehmer 50 % des Gesundheitssystems finanziert haben. Seit 2005 sind Krankengeld und Zahnersatz ausgenommen, dafür haben die Arbeitnehmer 0,9 % von ihrem Lohn zu erbringen. Schon vorher war unter Kohl ein Eigenanteil bei Medikamenten, Behandlungen oder Zahnersatz eingeführt worden – zur Freude der Versicherungswirtschaft, die mit Zusatzversicherungen einen neuen Markt erschließt.

Mit dem von der Großen Koalition beschlossenen Gesundheitsfonds soll vieles anders und alles besser werden. Doch der Teufel steckt auch hier im Detail. Der für 2009 geplante Gesundheitsfonds soll helfen, die Beitragssätze der verschiedenen Krankenkassen untereinander anzugleichen. Krankenkassen mit vielen jungen, gesunden und gut verdienenden Versicherten zahlen demnächst in den Fonds ein, während Kassen mit vielen alten, kranken und schlechter verdienenden Versicherten Gelder aus dem Fonds erhalten.

Mit dem Inkrafttreten der Reform erhalten die Krankenkassen künftig aber auch die Möglichkeit, neben dem obligatorischen Versicherungsbeitrag einen Zusatzbeitrag zu erheben, wenn es die finanzielle Lage erfordert. Dieser Zusatzbeitrag wird zunächst pauschal und ohne Rücksicht auf das Einkommen des Versicherten erhoben.

Zudem wurde eine weitere Belastungsgrenze entwickelt. Demnach darf der neue Zusatzbeitrag nicht höher sein als 1% des Bruttoeinkommens. Aufgrund der pauschal angesetzten Höhe des zusätzlichen Beitrags müssen gerade Einkommensschwache wieder davon ausgehen, mindestens 1% weniger vom Brutto übrig zu behalten, wenn ihre Kasse Finanzbedarf anmeldet.

Gemäß dieser 1%-Regelung dürfte eine Krankenkasse einem Arbeitslosengeld-II-Empfänger einen Zusatzbeitrag von maximal 3,50 € im Monat abverlangen. Eine Sonderregelung für Personen mit besonders niedrigem Einkommen wirkt dem aber – für die Betroffenen negativ – entgegen. Erhebt eine Kasse z.B. einen Zusatzbeitrag von 12 € monatlich, muss der Versicherte – auch als ‚Hartz-IV-Empfänge'" – 8 € monatlich berappen. Die 1%-Belastungsgrenze darf nämlich erst ab dieser Summe angewendet werden. Im Falle des Arbeitslosengeldes-II beliefe sich der Zusatzbeitrag schnell auf ca. 2,5% des entsprechenden Basiseinkommens.

Wieder wird der Personenkreis im unteren Einkommensbereich durch pauschale Beiträge und Sonderregelungen überproportional belastet. Je weniger eine Person verdient, desto höher ist ihre prozentuale Belastung. Die Hoffnung, dass die Kassen dauerhaft überhaupt auf Beitragserhöhungen und Zusatzbeiträge verzichten können, dürfte sich wohl recht schnell in Luft auflösen.

Der Chef der Barmer-Ersatzkasse, Johannes Vöcking, warnte, dieses System privater Zusatzbeiträge werde den sozialen Charakter der gesetzlichen Kassen zerstören.

Vöcking sieht zugleich die paritätische Finanzierung immer stärker reduziert. So bestehe die Gefahr, dass „zusätzliche Kosten immer mehr allein von den Mitgliedern zu zahlen sind und sich dies immer mehr Leute nicht mehr leisten können", erklärte der Chef der Barmer. Das sei seine größte Sorge bei dieser Reform.

MIT AGNeS IN DIE SCHULE

Existenzgründer sind glücklicher und Glück kann man lernen

Im Gespräch: Arnold Voskamp und Anne Besse von der Cuba-Arbeitslosenberatung (außen), Clemens Hermannig und Annette Haerkötter (innen)

Die Cuba-Arbeitslosenberatung stellte dieses Jahr gemeinsam mit dem Beraterteam Haerkötter/Hermannig das neue Grüdungsberatungsprogramm AGNeS vor. AGNeS steht für Arbeitsgemeinschaft Neue Selbständigkeit. Erste Erkenntnis: Existenzgründung sollte man lernen.

Sperre: Wie kam es zu dieser Kooperation?

Voskamp: Kurz und knapp könnte man sagen: Uns hat das „Produkt" AGNeS erst einmal überzeugt. Für Arbeitslose, die ernsthaft mit dem Gedanken spielen, ihr Leben, ihre ganze Situation mit einer Existenzgründung zu verändern, kann dieses Programm eine gute Hilfe sein.

Sperre: Was ist denn besonderes dran an AGNeS, was unterscheidet es von anderen Programmen dieser Art?

Haerkötter: Wir möchten nicht eine ergebnisorientierte 0815-Beratung machen nach dem Motto: Schnelle Gründung aus der Arbeitslosigkeit, Hauptsache man ist aus dem Leistungsbezug. Wir möchten gemeinsam mit dem Beratungskunden, dem potenziellen Existenzgründer klären: Was ist wichtig in meinem Leben? Was gehört dazu? Und was ist umsetzbar? Und wenn sich dann herausstellt, dass die Selbständigkeit dazu gehört, dann wird so beraten, dass ein Prozess in Gang gesetzt wird, der in dem ‚Unternehmer sein' mündet.

Grundsätzlich gilt: Die Beratung lässt das Ergebnis offen. Es kann sich auch herausstellen, dass ein ganz anderer Weg als die geplante Gründung richtig wäre, oder dass es besser ist, die Finger von der Existenzgründung zu lassen.

Sperre: Das AGNeS-Programm ist in vier Module aufgeteilt. Nicht nur die reine Existenzgründung wird behandelt, sondern auch und gerade die Zeit danach. Stichwort: Existenzgründer sein und bleiben.

Hermannig: Wenn man Nachhaltigkeit hinkriegen will, dann muss es so etwas geben wie eine ‚Schule der Selbständigkeit'. Es macht keinen Sinn, mal ein Seminar zu machen und dann loszulegen. Unternehmer werden muss man genau so lernen, wie man Schlosser oder Schreiner lernt. Und das kann man auch genau so lernen. Hier handelt es sich um einen Prozess. Und wir haben den Beratungsansatz, diesen Prozess zu begleiten.

Annette Haerkötter

Clemens Hermannig

Sperre: Wie sehen die einzelnen Prozessschritte denn aus?

Haerkötter: Zunächst gibt es die offene Sprechstunde. Hier besteht die Möglichkeit, sich kennen zu lernen und sich mit Berater und Programm vertraut zu machen. Im

zweiten Schritt geht es darum, Wissen zu vermitteln. Bevor man ein Konzept schreibt, muss man sich informieren, muss die Rahmenbedingungen kennen lernen. Dies passiert in den Wochenend-Seminaren. Der dritte Schritt oder das dritte Produkt ist der Zirkel, ein Kernelement unserer Arbeit. Hier geht es darum, gemeinsam ein Konzept zu entwickeln, und gleichzeitig dieses Konzept in einer Gruppe von Gleichgesinnten, von anderen Existenzgründern, zu überdenken. Unsere langjährige Erfahrung zeigt, dass gerade in dieser Gruppenarbeit eine ehrliche und solidarische Entwicklung stattfindet.

Sperre: Was heißt das?

Hermannig: Wenn ich in der Gruppe erzähle, dass ich dieses oder jenes vorhabe und die Gruppenmitglieder und der Berater haben lauter Fragezeichen im Gesicht, dann weiß ich, dass ich mein Konzept dringend überarbeiten muss. Aber dafür läuft dieser Prozess über einen Zeitraum von fünf oder sechs Wochen. Und am Ende entscheide ich: Springe oder springe ich nicht. Und wenn ich dann springe, dann ist es für viele Beratungsansätze das Ende. Das sehen wir nicht so. Für uns ist das erst der Anfang. Weshalb wir im vierten Schritt weiterhin eine Begleitung anbieten. Wenn ich auch schon selbstständig bin, so bin ich doch zunächst noch ein ‚Lehrling'. Ich brauche Coaching.

Kontakt: cuba-Arbeitslosenberatung
Tel. 0251/511929

Sperre: Gründen Arbeitslose anders als andere?

Voskamp: Gründung aus der Arbeitslosigkeit heißt oft Gründung mit wenig Geld. Dies führt dann wieder dazu, dass häufig im Bereich Dienstleistung gegründet wird. Und – das ist auch nicht zu unterschätzen – es gibt die Existenzgründung aus der Not heraus.

Hermannig: Grundsätzlich gilt: Es geht immer noch schlimmer. Deshalb sollte die Existenzgründung gut überlegt und geplant sein. Was wir aber auch aus den Auswertungen der letzten Jahre wissen, ist: Existenzgründer aus der Arbeitslosigkeit sind glücklicher, und das häufig trotz einer 50-Stunden-Woche und mehr. Diese Einschätzung wird übrigens von einer aktuellen Untersuchung der GIB bestätigt. Sie sind glücklicher, weil sie selbstbestimmt arbeiten. Und für uns ist es eine Freude, diesen Prozess begleitet zu haben.

Nix wie weg

Auch **Langzeitarbeitslose** dürfen wegfahren

Utopie heißt auf Deutsch „an keinem Ort“ oder noch deutscher „Nix wie weg“. Was hat dies Land zu bieten? Hauptsache Arbeit. Feinstaub. Westerwelle. Verblühte Landschaften. Noch mehr Arbeit für noch weniger Geld – aber nicht für alle. Leute, weckt die eingeschlafenen Füße auf und: Nix wie weg! Das geht ganz billig, für 20 Euro nach Rom beispielsweise. So sehen heute unsere Träume aus, das treibt uns voran. Kein Stillstand in Deutschland dank AirBerlin! Fast alle wichtigen Informationen dafür auf diesen Seiten. Von Arnold Voskamp

Urlaub – auch für Minijobber

Vier Wochen Urlaub im Jahr gibt es mindestens laut Gesetz. Auch für Minijobber und andere Teilzeitkräfte. Und wenn der Tarifvertrag für Vollzeitbeschäftigte mehr Urlaub vorsieht, dann auch für Teilzeitler.

Urlaubsgeld erhalten 90% aller Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben, zwischen 153 und 1803 Euro. Wenn Vollzeitkräfte Urlaubsgeld erhalten, dann wird es in der Regel auch an Minijobber und andere Teilzeitkräfte gezahlt werden müssen - anteilig.

Kein Quatsch: Urlaubslose dürfen drei Wochen im Jahr wegfahren

Langzeiturlaubslose dürfen wegfahren – es heißt dann nur nicht Urlaub. Für alle Urlaubslosen gilt im Grunde das gleiche, es ist egal, ob sie Urlaubslosengeld oder Urlaubslosengeld II erhalten. Sie dürfen sich nach Absprache mit dem persönlichen Urlaubsbetreuer im Urlaubsamt, nein - in der Agentur für Urlaub - für drei Wochen pro Kalenderjahr aus dem Nahbereich weg begeben.

Das ist natürlich Quatsch und so wenig zu verstehen wie viele der Regeln, die für Arbeitslose aufgestellt werden. Richtig aber ist: Arbeitslose mit Alg II dürfen mit Zustimmung des Arbeitsvermittlers pro Kalenderjahr drei Wochen wegfahren, es heißt dann nur nicht Urlaub. Die Regel unterscheidet sich also nicht von der Regel im Arbeitslosengeld oder in der früheren Arbeitslosenhilfe. Die Regel des Sozialamtes (keine Abwesenheit vom Wohnort) ist nicht ins Alg II übernommen worden, auch wenn manche das meinen. Die Regel heißt ‚Erreichbarkeitsanordnung’ und bedeutet folgendes:

Urlaub und Arbeitslosengeld

Wer arbeitet, hat Anspruch auf mindestens vier Wochen bezahlten Urlaub, so sagt das Bundesurlaubsgesetz. (Das gilt übrigens auch für geringfügig Beschäftigte!) Arbeitslose dagegen dürfen nicht so einfach wegfahren, sie müssen ständig für das Arbeitsamt erreichbar sein.

Das Arbeitsamt kann jedoch Arbeitslose für drei Wochen im Kalenderjahr auch dann für verfügbar halten, wenn sie in Urlaub fahren und sich vorher die Erlaubnis des Arbeitsamtes eingeholt haben.

Wer weniger als drei Monate arbeitslos ist, muss besonders begründen, warum er oder sie wegfahren will. Das kann z.B. der gemeinsame Familienurlaub sein, der sonst nicht möglich ist. Oder die Urlaubsreise war schon lange vor der Arbeitslosigkeit gebucht. Das Arbeitsamt muss darauf achten, dass die berufliche Eingliederung durch die Abwesenheit nicht beeinträchtigt wird, es darf allerdings die persönlichen Belange der Arbeitslosen nicht ignorieren. Das ist keine Willkür, sondern eine Ermessensentscheidung, und diese muss überprüfbar und nachvollziehbar sein.

Wenn einer mit Arbeitsplatz, mit Einkommen, mit Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld, mit sechs Wochen Urlaub und genügend Geld für mindestens zwei Reisen im Jahr, wenn so einer sagt, Arbeitslose dürfen nicht wegfahren, dann sollte der erstens auf seine Vorschriften zurückkommen und zweitens sollte er mal schauen, ob er das nötig hat, was er da tut. Oder mit Adenauer: Man muss auch gönnen können.

Beim Abmelden wird der Tag der Rückmeldung im Arbeitsamt vereinbart. Wer dann nicht da ist, dem wird die Leistung eingestellt, außerdem erhält er quasi als Buße eine Säumniszeit von zunächst zwei Wochen. Wer im Urlaub krank wird und nicht rechtzeitig zurückkehren kann, muss das entsprechend belegen, dann hat er keine Konsequenzen vom Arbeitsamt zu befürchten.

Für 20 Euro nach Rom...

Richtig weg: Aufbruch – Weite – Abenteuer

Wer also länger als drei Wochen wegfahren will, muss sich etwas anderes überlegen. Er kann zusätzlich unbezahlten Urlaub nehmen. Dann gibt es für die ersten drei Wochen Arbeitslosengeld und für höchstens drei weitere Wochen kein Geld. Wer mehr als sechs Wochen wegfahren will, muss sich vorher ganz beim Arbeitsamt abmelden. Wer sich ohne nachvollziehbaren Grund abmeldet, läuft Gefahr, dass der Restanpruch auf Arbeitslosengeld wegen fehlender Arbeitsbereitschaft um einen Monat gekürzt wird.

Arbeitslose können auch eine Art Bildungsurlaub machen. Das heißt, sie können zu staatspolitischen, kirchlichen, gewerkschaftlichen oder ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen fahren, wenn sie dort täglich mit der Post erreichbar sind und sich vorher verpflichtet haben, einem Eingliederungsangebot des Arbeitsamtes sofort nachzukommen.

Die gleichen Bedingungen gelten für eine Abwesenheit zu einem ehrenamtlichen Engagement, beispielsweise um eine kirchliche Jugendgruppe zu begleiten oder um gebrochene Deiche zu stopfen. Auch wer an einer ärztlich verordneten Kur teilnehmen will, kann dies nach Rücksprache mit dem Arbeitsamt tun.

Eine wenig bekannte Regelung hat bürokratischen Aufwand gemindert. Wer sich vorübergehend von seinem Wohnsitz weg bewegen will, aber im Nahbereich des Arbeitsamtes bleibt, kann dies tun, ohne Urlaub zu nehmen. Er muss dann nur jederzeit unverzüglich das Arbeitsamt aufsuchen können, einem Arbeitsangebot nachkommen können und die vorübergehende Anschrift im Arbeitsamt melden. Unter Nahbereich darf man den Bereich verstehen, innerhalb dessen ein Arbeitsangebot zumutbar ist, also bis zweieinhalb Stunden für Hin- und Rückweg. Mit dieser Regelung können Arbeitslose z.B. bei ihren kranken Eltern in Osnabrück sein, ohne sich abmelden oder nach Osnabrück ummelden zu müssen.

Arbeitssuche im EU-Ausland mit E 303

Wer arbeitslos ist und in einem anderen Land der Europäischen Union eine Arbeit suchen will, braucht dafür keinen Urlaub zu nehmen. Das Arbeitsamt stellt dann die Bescheinigung E 303 aus. Mit dieser Bescheinigung fährt beispielsweise die modeinteressierte, arbeitslose Kauffrau aus Münster nach Mailand zum Arbeitsamt. Dieses zahlt ihr für maximal 12 Wochen das Arbeitslosengeld weiter, während unsere Textilhändlerin dort die Modehäuser abklappert auf der Suche nach Arbeit. Ist sie erfolglos, dann muss sie sich vor Ablauf der 12 Wochen in Münster zurückgemeldet haben. Ansonsten verfällt ihr Arbeitslosengeldanspruch völlig.

Die Regelung E 303 gilt auch für das Arbeitslosengeld II. Allerdings gibt es hier Einschränkungen. So kommen nur Bezieher des befristeten Zuschlages nach § 24 SGB II in den Genuss dieser Arbeitssuche im EU-Ausland. Sprechen Sie mit ihrem persönlichen Ansprechpartner (PAP) in der Arge oder in Ihrer Kommune.

Wer nach Verlust der Arbeitsstelle länger in ein EU-Ausland gehen will, kann auf den Besuch im Arbeitsamt verzichten. Denn wenn er oder sie in einem europäischen Partnerland ein paar Tage oder Wochen sozialversichert arbeitet, dann kann er dort nach den Regeln dieses Landes Arbeitslosengeld beziehen. Die deutschen Zeiten zählen in der neuen Heimat als Versicherungszeiten mit.

Richtig weg

Neuanfang im andern Land – Sonne – Arbeit und Einkommen – Easy Living – Aufbruch – Weite – Abenteuer.

In Spanien, Südamerika, Neuseeland, Sibirien, Slowakei, Irland, Großbritannien und überall auf der Welt wartet das Glück auf Euch, die Ihr nicht zurückbleiben wollt in Eurem Stinkstall, um Euch verwursten zu lassen. Manche fahren mit dem Segelschiff von Bremen nach New York auf den 150 Jahre alten Routen der Auswanderer – fürs Fernsehen. Aber viele machen´s wirklich, auch ohne Fernsehen. Deutschland ist Auswanderungsland geworden.

Bei Google finden sich 1.402.000 Seiten mit dem Stichwort ‚Auswandern'. Auch das deutsche Außenministerium bietet umfassende Hilfen für den Start in einem anderen Land - eine positive Seite der deutschen, von vielen Menschen nicht mehr auszuhaltenden Bürokratie. Nüchtern sind die Informationen hier. Wer nach mehr Begeisterung und Ansporn sucht, findet auch dafür Seiten und Foren im Internet. Hier gibt es persönliche Erfahrungen und Hintergründe für den Neustart in Kenia oder Kanada oder England. Häufig ist es der Frust und berufliche Perspektivlosigkeit hierzulande, die die Menschen über die Grenze oder über das Meer treibt. Wie vor 100 oder 400 Jahren, als Obrigkeiten und Missernten viele Auswanderer aus Deutschland nach Holland, Amerika, Siebenbürgen oder Russland trieben. Ein guter Tipp also, wenn das Wetter keinen Anreiz zum rausgehen bietet und auch Talkshows, Krimis und Seifenopern nicht reizen können.

CUBA NOVA

EAT AND BEAT

- WILDE HILDE – die Freitagsmopete
- ROBOTS AND BOTONICS – heißt R & B
- KOMBINAT – Ostblockparty
- TRUST IN WAX – ... let's trust in some true sound
- SONNTAGSCLUB – serviert zum Wochenabschluß
- TATWORT – Lauter Texte wollen ...
- SALSA NIGHT – Salsa Latin Party

Cocktail Happy Hour mit Lucas:

18.30 Uhr - 21.30 Uhr

CUBA NOVA
EAT AND BEAT

Achtermannstraße 10-12
(0251) 4828200
www.cubanova.de